

Arbeitspapier

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 102
Jutta Graf

PolitikKompass

Analyse der Landtagswahl in Hessen vom 2. Februar 2003

Sankt Augustin, Februar 2003

Ansprechpartner: Prof. Dr. Jörg-Dieter Gauger
Stellv. Leiter der Hauptabteilung
„Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft“
Telefon: 0 22 41/246-302
E-Mail: joerg.gauger@kas.de

Jutta Graf
Team „Politische Kommunikation,
Parteien- und Meinungsforschung“
Telefon: 0 22 41/246-259
E-Mail: jutta.graf@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

Inhalt

1.	Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses	1
2.	Das Wahlergebnis	3
2.1	Wahlergebnis und Wahlbeteiligung	3
2.2	Die Wählerwanderungsbilanz	15
2.3	Das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen	17
3.	Wahlkreisanalyse	19
3.1	Wahlbeteiligung und Ergebnisse der Parteien in den Wahlkreisen	19
3.2	Verteilung der Direktmandate	25
4.	Die politische Meinungslage im Vorfeld der Wahl	30
4.1	Die Stimmungslage für die Parteien	30
4.2	Zufriedenheit mit Regierung und Opposition	32
4.3	Die Koalitionspräferenzen	34
4.4	Die wichtigsten politischen Themen	35
4.5	Die Problemlösungskompetenzen der Parteien	36
4.6	Die Bewertung der Spitzenkandidaten	38
Anhang:		
5.	Die Wahlergebnisse im Vergleich	41
6.	Ausgewählte Indikatoren der politischen Stimmungslage im Vergleich	42

1. Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses¹

Die Landtagswahlen in Hessen ebenso wie in Niedersachsen wurden von der Bundespolitik überlagert. Der erste Stimmungstest nach der Bundestagswahl hatte den Charakter einer Nachwahl, bei der die Wähler in beiden Ländern die SPD aufgrund ihrer Unzufriedenheit mit der Politik der Bundesregierung abstrafte. Bundes- und landespolitische Gesichtspunkte bei der Wahlentscheidung haben sich im Sinne von Synergieeffekten wechselseitig verstärkt. Wie in Niedersachsen waren auch in Hessen knapp zwei Drittel der Wahlberechtigten der Meinung, die Bundes-SPD habe einen „Denkzettel“ verdient und haben deshalb die Wahl vielfach als entsprechendes Votum genutzt. In Hessen wurden damit ein positiver Rückenwind aus Berlin und eine von den Wählern als erfolgreich eingeschätzte Landespolitik zu den Grundsteinen des Wahlerfolges von Roland Koch. In Niedersachsen wurde die amtierende Landesregierung abgewählt.

Der CDU/FDP-Koalition in Hessen wurde „ordentliche Arbeit“ attestiert. Die Bewertung der Leistungen der Regierung Koch fiel vor allem in der Wirtschaftspolitik und bei der Inneren Sicherheit positiv aus. Auch wurden der Union in den zentralen Bereichen Wirtschaft, Arbeit, Innere Sicherheit und Bildung die größeren Kompetenzen zugeschrieben. In der Wirtschaftspolitik bescheinigten im Vorfeld der Wahl 56 Prozent der hessischen Bürger und Bürgerinnen der CDU die Kompetenzführerschaft.

Die hessische SPD bot weder thematisch noch personell eine Alternative zur amtierenden Landesregierung. Der Spitzenkandidat der SPD Gerhard Bökel war wenig bekannt. Damit gelang es den hessischen Sozialdemokraten und ihrem Spitzenkandidaten nicht, sich aus dem Sog der rot-grünen Bundespolitik zu befreien.

Thematisch waren für die Wähler in erster Linie ökonomische Probleme und die Bildungspolitik ausschlaggebend für die Stimmabgabe. Für die Parteiwechsler waren wirtschaftspolitische Erwartungen und der Unmut über die Steuer- und Abgabenpolitik die wichtigsten Motive ihrer Wahlentscheidung. Das Thema Irak, auf das die SPD in beiden Ländern gesetzt hatte, spielte keine wahlentscheidende Rolle. In keinem der wichtigen Politikfelder konnte sich die hessische SPD profilieren.

Die hessischen Sozialdemokraten litten gleichermaßen unter einer geringeren Wählermobilisierung und der Abwanderung ehemaliger SPD-Wähler zur CDU. Nach der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap hat die SPD im Saldo 141.000 Wähler durch Wahlenthaltung verloren. 77.000 Wähler haben der SPD bei dieser Wahl den Rücken gekehrt und die CDU

¹ Als Basis wurde die Wahltagsbefragung von Infratest dimap herangezogen, die uns vorab freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurde. Des weiteren flossen die Vorwählerhebungen und veröffentlichten Wahlanalysen von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen mit ein.

gewählt. Die CDU hat vor allem von der SPD sowie durch die Mobilisierung früherer Nichtwähler hinzugewonnen.

Die kräftigen Gewinne der CDU und die starken Verluste der SPD sind in allen Bevölkerungsgruppen zu beobachten. Besonders stark hat die SPD bei ihrer Stammklientel verloren. Nach der Wahltagsbefragung von Infratest dimap büßten die Sozialdemokraten bei Arbeitern und bei Angestellten 16 bzw. 14 Prozentpunkte ein. Die CDU gewann bei diesen Gruppen deutlich hinzu und ist damit in allen Berufsgruppen die stärkste Partei. Die Union liegt auch in allen Alters- und Bildungsgruppen deutlich vor den Sozialdemokraten, da sie auch bei jüngeren Wählern deutlich zu legen konnte.

Die Grünen wurden wie auch in Niedersachsen offensichtlich nicht für das schlechte Erscheinungsbild der rot-grünen Bundesregierung in Mithaftung genommen. Sie haben ihren Wähleranteil ausbauen können und ihre Serie der Verluste, die sie seit der Landtagswahl in Niedersachsen 1998 begleitet hatten, beendet. Die Zugewinne der Grünen resultieren vor allem aus der Schwäche der SPD im Bund und im Land.

Die Liberalen profitierten angesichts der Koalitionsaussage vom taktischen Wahlverhalten und Stimmensplitting vieler Unionswähler, die die Mehrheit des bürgerlichen Lagers sichern wollten und deshalb mit ihrer Zweitstimme bei dieser Wahl die Liberalen wählten. Zum anderen stellten die Liberalen eine Alternative für unzufriedene SPD-Wähler dar, die zwar ihrer Unzufriedenheit mit der Bundes-SPD Ausdruck verleihen, aber nicht die CDU wählen wollten.

2. Das Wahlergebnis

2.1 Wahlergebnis und Wahlbeteiligung

Die Wählerbewegungen führten zu beträchtlichen regionalen Unterschieden in der Stimm-entwicklung seit 1999. Bei dieser Wahl ist ein Stadt-Land-Gefälle unverkennbar. In den Großstädten fielen die Zugewinne der CDU und die Verluste der SPD insgesamt geringer aus, in den dünn besiedelten Gebieten lagen Gewinne der CDU und Verluste der SPD andererseits bedeutend höher.

Die Zahl der Wahlberechtigten ist gegenüber 1999 um ca. 48 Tsd. angestiegen. Von den 4,3 Mio. wahlberechtigten hessischen Bürgern gaben 2,8 Mio. ihre Stimme ab. Die daraus resultierende **Wahlbeteiligung** von 64,6 Prozent liegt damit 1,8 Prozentpunkte (= -47 Tsd.) niedriger als bei der letzten Landtagswahl.

Die **CDU** legte mit einem Zweitstimmenanteil von 48,8 Prozent (=1,3 Mio. Wähler) gegenüber 1999 5,4 Prozentpunkte zu (= +118 Tsd. Wähler) und erhielt damit die absolute Mehrheit der Mandate. Sie erzielte ihr bestes Ergebnis in Hessen. Zum ersten Mal in der Geschichte Hessens wurde damit ein christdemokratischer Ministerpräsident für eine zweite Amtszeit bestätigt. Die CDU ist künftig mit 56 Sitzen (+6) im hessischen Landtag vertreten. Davon errang sie 53 direkt in den Wahlkreisen. Der amtierende Ministerpräsident Roland Koch gewann sein Mandat im Wahlkreis 32 Main-Taunus I mit 61,9 Prozent (+6,0 Prozentpunkte). Überdurchschnittliche Gewinne der CDU finden sich in Nord- und Osthessen (zwischen 8 und 9 Prozentpunkten). Die geringsten CDU-Zuwächse weist der Großraum Frankfurt auf. Die Stadt Frankfurt hat einen Zugewinn von +0,7 Prozentpunkten und Darmstadt von 1,2 Prozentpunkten.

Die **SPD** musste mit einem Minus von 10,3 Prozentpunkten (= -307 Tsd. Wähler) ihren schwersten Verlust in der Nachkriegsgeschichte Hessens hinnehmen und erzielte mit 29,1 Prozent (=796 Tsd. Wähler) ihr schlechtestes Ergebnis. Im Vergleich zur Landtagswahl 1999 büßte mehr als ein Viertel (27,9 Prozent) ihrer Wähler ein. Nur zweimal, und zwar bei den Landtagswahlen 1995 und 1999 waren die hessischen Sozialdemokraten zuvor unter 40 Prozent geblieben. In den neu gewählten Landtag entsendet die SPD 33 Abgeordnete (-13). Mit den Wahlkreisen 2 Kassel-Land II und 7 Schwalm-Eder I erhält sie nur noch 2 Direktmandate, die übrigen 31 sozialdemokratischen Abgeordneten ziehen über die Landesliste ins Parlament ein. Bei der Landtagswahl 1999 hatte die SPD noch in 21 Wahlkreisen das Direktmandat gewonnen. Ihr Spitzenkandidat Gerhard Bökel erreichte in seinem Wahlkreis 17 Lahn-Dill II 36,6 Prozent der Erststimmen. Er zieht über die Landesliste (Listenplatz

1) in den hessischen Landtag ein. Ihre besten Ergebnisse erzielten die Sozialdemokraten im nordwestlichen Hessen, westlich von Marburg sowie im Odenwald.

Die **FDP** zieht mit einem Zweitstimmenanteil von 7,9 Prozent in den Landtag ein. Im Vergleich zur 1999er Landtagswahl gewann sie 2,8 Prozentpunkte (= +73 Tsd. Wähler) hinzu. Die FDP ist künftig mit 9 Abgeordneten (+3) im Landtag vertreten. Alle ihre Mandate sind Listenmandate. Ihre besten Ergebnisse erzielten die Liberalen im Umland von Frankfurt (Main-Taunus und Hochtaunus).

Für Bündnis 90/Die Grünen endete die seit 1998 bei Landtagswahlen anhaltende Serie von Verlusten. Mit einem Zweitstimmenanteil von 10,1 Prozent (= 276 Tsd. Wähler) und einem Plus von 75 Tsd. Wählern erzielten sie ihr zweitbestes Ergebnis in Hessen. Sie haben 4 Mandate hinzugewonnen und entsenden 12 Abgeordnete in den Landtag. Wie bei der FDP handelt es sich um Landeslistenmandate. Die größten Zuwächse haben die Grünen in Kassel und in Darmstadt.

Die Stimmenanteile der **sonstigen Parteien** reduzierten sich auf 4,1 Prozent (1999: 4,9 Prozentpunkte). Dieser Rückgang geht auf die Verluste der REP zurück (= -41 Tsd. Stimmen). Mit einem Anteil 1,3 Prozent (= 35 Tsd.) verloren sie bei dieser Wahl fast die Hälfte ihrer ehemaligen Wähler. Nennenswerte Wähleranteile erreichten nur noch die Tierschutzpartei mit 0,8 Prozent (=21 Tsd. Stimmen), die FAG Hessen mit 0,6 Prozent (=18 Tsd.) und die Schill-Partei mit 0,5 Prozent (=15 Tsd.)

Angesichts eines ausgeprägten Lagerwahlkampfes und Koalitionsaussagen beider Lager war das taktische Wahlverhalten bei dieser Wahl ausgeprägter als bei der Vorwahl. Beim Stimmsplitting zeigt sich für die CDU und die SPD ein Erststimmenplus (Wahlkreisstimmen). Die CDU erreichte 3,2 Prozentpunkte mehr als bei den Zweitstimmen (Landesstimmen), die SPD 4,0 Prozentpunkte. Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben einen Zweitstimmenüberschuss. Die FDP erhielt nur 5,5 Prozent der Erststimmen, aber 7,9 Prozent der Zweitstimmen. Bei den Grünen liegt das Verhältnis bei 8,5 Prozent zu 10,1 Prozent. Besonders ausgeprägt ist das Stimmen-Splitting in den Großstädten, mit Spitzenwerten in Frankfurt, Darmstadt und Wiesbaden.

Mit den beiden Wahlsiegen der CDU in Hessen und Niedersachsen entfallen im Bundesrat auf CDU bzw. CSU-Landesregierungen und CDU-geführte Koalitionsregierungen 41 von 69 Stimmen.

Stimmenverteilung im Bundesrat			
	Ministerpräsident	Stimmen im Bundesrat	Regierungsparteien
Baden-Württemberg	Teufel	6	CDU/FDP
Bayern	Stoiber	6	CSU
Berlin	Wowereit	4	SPD/PDS
Brandenburg	Platzek	4	SPD/CDU
Bremen	Scherf	3	SPD/CDU
Hamburg	von Beust	3	CDU/PRO/FDP
Hessen	Koch	5	CDU
Mecklenburg-Vorpommern	Ringsdorff	3	SPD/PDS
Niedersachsen	Wulff	6	CDU/FDP
Nordrhein-Westfalen	Steinbrück	6	SPD/B 90/Grüne
Rheinland-Pfalz	Beck	4	SPD/FDP
Saarland	Müller	3	CDU
Sachsen	Milbradt	4	CDU
Sachsen-Anhalt	Böhmer	4	CDU/FDP
Schleswig-Holstein	Simonis	4	SPD/B 90/Grüne
Thüringen	Vogel	4	CDU

Die CDU hat nach den Wahlen in Niedersachsen und in Hessen ihre Mehrheit im Bundesrat gestärkt. Die Unionsparteien stellen jetzt in neun Ländern den Ministerpräsidenten. In sieben Ländern regieren sozialdemokratische Ministerpräsidenten. Die SPD verlor mit der Niederlage in Niedersachsen auch die letzte Alleinregierung. In Bayern, Sachsen, dem Saarland und Thüringen regieren die Unionsparteien allein. Auch in Hessen zeichnet sich eine Alleinregierung der CDU ab. In Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen ist die FDP an der Regierung beteiligt. In Hamburg regieren die FDP und die rechtskonservative Schill-Partei zusammen mit der Union. In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein bildet die SPD gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen eine Regierungskoalition, in Rheinland-Pfalz mit der FDP. In Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ist die PDS an der Regierung beteiligt und in Bremen und Brandenburg regiert eine große Koalition aus SPD und CDU.

Mit den beiden Wahlsiegen in Hessen und Niedersachsen besitzen CDU/CSU und FDP auch eine Mehrheit in der Bundesversammlung.

Vergleich der Wahlkreis- und Landesstimmen 2003						
	Wahlkreisstimmen		Landesstimmen		Differenz Wahlkreisstimmen / Landesstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%-Punkte
Wahlberechtigte	4.330.792		4.330.792			
Wahlbeteiligung	2.798.534	64,6	2.798.534	64,6		
Ungültige Stimmen	82.845	3,0	63.542	2,3	+19.303	+0,7
Gültige Stimmen	2.715.689	97,0	2.734.992	97,7	-19.303	-0,7
CDU	1.411.800	52,0	1.333.863	48,8	+77.937	+3,2
SPD	898.813	33,1	795.576	29,1	+103.237	+4,0
GRÜNE	230.261	8,5	276.276	10,1	-46.015	-1,6
FDP	148.632	5,5	216.110	7,9	-67.478	-2,4
REP	7.025	0,3	34.563	1,3	-27.538	-1,0
Die Tierschutzpartei	4.815	0,2	20.600	0,8	-15.785	-0,6
DIE FRAUEN	1.090	0,0	7.506	0,3	-6.416	-0,3
PBC	1.465	0,1	6.674	0,2	-5.209	-0,1
DKP	2.552	0,1	5.908	0,2	-3.356	-0,1
ödp	378	0,0	2.683	0,1	-2.305	-0,1
BüSo	873	0,0	1.643	0,1	-770	-0,1
FAG Hessen			17.736	0,6	+17.736	+0,6
PSG			1.309	0,0	+1.309	+0,0
Schill	3.074	0,1	14.545	0,5	-11.471	-0,5
Arbeitslos	133	0,1			+133	+0,0
SAV	356	0,0			+356	+0,0
UFFBASSE	1.839	0,1			+1.839	+0,0
Einzelbewerber	2.804	0,1			+2.804	+0,1

1) 2003= Endgültiges Ergebnis

CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
FDP	Freie Demokratische Partei
REP	DIE REPUBLIKANER
Die Tierschutzpartei	Mensch Umwelt Tierschutz
DIE FRAUEN	Feministische Partei DIE FRAUEN
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
ödp	Ökologisch-Demokratische Partei
BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
FAG Hessen	FAG FlughafenAusbauGegner Hessen
PSG	Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale
Schill	Partei Rechtsstaatlicher Offensive
Arbeitslos	Arbeitslos
SAV	Sozialistische Alternative
UFFBASSE	Unabhängige Fraktion Freier Bürger – Aufrecht, Spontan, Subkulturell, Eigensinnig

Vergleich der Landtagswahlergebnisse 2003 und 1999 ¹⁾ - Landesstimmen -						
	2003		1999		Veränderung 2003 – 1999	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%-Punkte
Wahlberechtigte	4.330.792		4.282.397		+48.395	
Wahlbeteiligung	2.798.534	64,6	2.845.586	66,4	-47.052	-1,8
Ungültige Stimmen	63.542	2,3	45.214	1,6	+18.328	+0,7
Gültige Stimmen	2.734.992	97,7	2.800.372	98,4	-65.380	-0,7
CDU	1.333.863	48,8	1.215.783	43,4	+118.080	+5,4
SPD	795.576	29,1	1.102.544	39,4	-306.968	-10,3
GRÜNE	276.276	10,1	201.194	7,2	+75.082	+2,9
FDP	216.110	7,9	142.845	5,1	+73.265	+2,8
REP	34.563	1,3	75.114	2,7	-40.551	-1,4
Die Tierschutzpartei	20.600	0,8	12.856	0,5	+7.744	+0,3
DIE FRAUEN	7.506	0,3	6.691	0,2	+815	+0,1
PBC	6.674	0,2	4.999	0,2	+1.675	+0,0
DKP	5.908	0,2	3.881	0,1	+2.027	+0,1
ödp	2.683	0,1	2.053	0,1	+630	+0,0
BüSo	1.643	0,1	612	0,0	+1.031	+0,1
FAG Hessen	17.736	0,6			+17.736	+0,6
PSG	1.309	0,0			+1.309	+0,0
Schill	14.545	0,5			+14.545	+0,5
BFB-Die Offensive			10.811	0,4	-10.811	-0,4
FWG			10.057	0,4	-10.057	-0,4
NPD			5.933	0,2	-5.933	-0,2
NATURGESETZ			2.499	0,1	-2.499	-0,1
PASS			1.909	0,1	-1.909	-0,1
DHP			591	0,0	-591	-0,0

1) 2003= Endgültiges Ergebnis

CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
FDP	Freie Demokratische Partei
REP	DIE REPUBLIKANER
Die Tierschutzpartei	Mensch Umwelt Tierschutz
DIE FRAUEN	Feministische Partei DIE FRAUEN
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
ödp	Ökologisch-Demokratische Partei
BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
FAG Hessen	FAG FlughafenAusbauGegner Hessen
PSG	Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale
Schill	Partei Rechtsstaatlicher Offensive
FWG	Freie Wähler Gemeinschaft – Wählergruppe Hessen
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NATURGESETZ	NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN
PASS	Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen
DHP	Deutsche Heimat Partei ... Die National-Liberalen

Vergleich der Landtagswahlergebnisse 2003 und 1999 ¹⁾						
- Wahlkreisstimmen -						
	2003		1999		Veränderung 2003 – 1999	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%-Punkte
Wahlberechtigte	4.330.792		4.282.397		+48.395	
Wahlbeteiligung	2.798.534	64,6	2.845.586	66,4	-47.052	-1,8
Ungültige Stimmen	82.845	3,0	53.740	1,9	+29.105	+1,1
Gültige Stimmen	2.715.689	97,0	2.791.846	98,1	-76.157	-1,1
CDU	1.411.800	52	1.265.942	45,3	+145.858	+6,7
SPD	898.813	33,1	1.158.663	41,5	-259.850	-8,4
GRÜNE	230.261	8,5	168.325	6,0	+61.936	+2,5
FDP	148.632	5,5	98.095	3,5	+50.537	+2,0
REP	7.025	0,3	79.273	2,8	-72.248	-2,5
Die Tierschutzpartei	4.815	0,2	2.056	0,1	+2.759	+0,1
DIE FRAUEN	1.090	0,0	1.745	0,1	-655	-0,1
PBC	1.465	0,1	2.164	0,1	-699	+0,0
DKP	2.552	0,1	1.181	0,0	+1.371	+0,1
ödp	378	0,0	138	0,0	+240	+0,0
BüSo	873	0,0	627	0,0	+246	+0,0
Schill	3.074	0,1			+3.074	+0,1
Arbeitslos	133	0,0			+133	+0,0
SAV	356	0,0			+356	+0,0
UFFBASSE	1.839	0,1			+1.839	+0,1
BFB-Die Offensive			8.760	0,3	-8.760	-0,3
FWG			405	0,0	-405	-0,0
NPD			2.231	0,1	-2.231	-0,1
NATURGESETZ			1.515	0,1	-1.515	-0,1
PASS			95	0,0	-95	-0,0
DHP			91	0,0	-91	-0,0
BPD			58	0,0	-58	-0,0
CHANCE			22	0,0	-22	-0,0
FAMILIE			70	0,0	-70	-0,0
Helgoland			127	0,0	-127	-0,0
HESSEN VOR!			42	0,0	-42	-0,0
Einzelbewerber	2.804	0,1			+2.804	+0,1

1) 2003= Endgültiges Ergebnis

Parteiabkürzungen s. nächste Seite

CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
FDP	Freie Demokratische Partei
REP	DIE REPUBLIKANER
Die Tierschutzpartei	Mensch Umwelt Tierschutz
DIE FRAUEN	Feministische Partei DIE FRAUEN
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
ödp	Ökologisch-Demokratische Partei
BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
Schill	Partei Rechtsstaatlicher Offensive
Arbeitslos	Arbeitslos
SAV	Sozialistische Alternative
UFFBASSE	Unabhängige Fraktion Freier Bürger – Aufrecht, Spontan, Subkulturell, Eigensinnig
BFB-Die Offensive	BUND FREIER BÜRGER – OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND, Die Freiheitlichen
FWG	Freie Wählergemeinschaft – Wählergruppe Hessen
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NATURGESETZ	NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN
PASS	Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen
DHP	Deutsche Heimat Partei ... Die National-Liberalen
CHANCE	Chance Wacker Mai
FAMILIE	FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS
Helgoland	König von Helgoland
HESSEN VOR!	HESSEN VOR! 10 Punkte für eine initiative Politik der Mitte

Vergleich der Landtagswahl 2003 und der Bundestagswahl 2002 in Hessen¹⁾						
	Landtagswahl 2003		Bundestagswahl 2002		Veränderung LTW 2003 – BTW 2002	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%-Punkte
Wahlberechtigte	4.330.792		4.344.854		-14.062	
Wahlbeteiligung	2.798.534	64,6	3.480.327	80,1	-681.793	-15,5
Ungültige Stimmen	63.542	2,3	66.004	1,9	-2.462	+0,4
Gültige Stimmen	2.734.992	97,7	3.414.323	98,1	-679.331	-0,4
CDU	1.333.863	48,8	1.266.054	37,1	+67.809	+11,7
SPD	795.576	29,1	1.355.496	39,7	-559.920	-10,6
GRÜNE	276.276	10,1	366.032	10,7	-89.756	-0,6
FDP	216.110	7,9	280.927	8,2	-64.817	-0,3
REP	34.563	1,3	26.433	0,8	+8.130	+0,5
PDS			45.891	1,3	-45.891	-1,3
Die Tierschutzpartei	20.600	0,8	18.720	0,5	+1.880	+0,3
NPD			12.613	0,4	-12.613	-0,4
GRAUE			6.431	0,2	-6.431	-0,2
PBC	6.674	0,2	6.983	0,2	-309	-0,0
CM			2.484	0,1	-2.484	-0,1
ödp	2.683	0,1	2.424	0,1	+259	+0,0
BüSo	1.643	0,1	1.454	0,0	+189	+0,1
Schill	14.545	0,5	22.381	0,7	-7.836	-0,2
FAG Hessen	17.736	0,6			+17.736	+0,6
PSG	1.309	0,0			+1.309	+0,0
DIE FRAUEN	7.506	0,3			+7.506	+0,3
DKP	5.908	0,2			+5.908	+0,2

2003= Endgültiges Ergebnis

1) Landes- bzw. Zweitstimmen

CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
FDP	Freie Demokratische Partei
REP	DIE REPUBLIKANER
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
Die Tierschutzpartei	Mensch Umwelt Tierschutz
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
GRAUE	DIE GRAUEN – Graue Panther
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
CM	CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten
ödp	Ökologisch-Demokratische Partei
BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
Schill	Partei Rechtsstaatlicher Offensive
FAG Hessen	FAG FlughafenAusbauGegner Hessen
PSG	Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale
DIE FRAUEN	Feministische Partei DIE FRAUEN
DKP	Deutsche Kommunistische Partei

Sitzverteilung im hessischen Landtag ¹						
	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	Sonstige	Sitze insgesamt
1946	28	38	14 ^{a)}	-	10 ^{b)}	90
1950	12	47	21 ^{c)}	-	-	80
1954	24	44	21	-	7 ^{d)}	96
1958	32	48	9	-	7 ^{d)}	96
1962	28	51	11	-	6 ^{e)}	96
1966	26	52	10	-	8 ^{f)}	96
1970	46	53	11	-	-	110
1974	53	49	8	-	-	110
1978	53	50	7	-	-	110
1982	52	49	-	9	-	110
1983	44	51	8	7	-	110
1987	47	44	9	10	-	110
1991	46	46	8	10	-	110
1995	45	44	8	13	-	110
1999	50	46	6	8	-	110
2003	56	33	9	12	-	110

2003= Endgültiges Ergebnis

- a) LDP
- b) KPD
- c) FDP/BHE
- d) GB/BHE
- e) GDP/BHE
- f) NPD

¹ Die Wähler entscheiden in Hessen mit zwei Stimmen (Wahlkreisstimme und Landestimme) über die personelle Zusammensetzung des Landtags. Mit der Wahlkreisstimme wird der Abgeordnete im Wahlkreis direkt gewählt, mit der Landesstimme die Landesliste einer Partei. Der Landtag besteht aus 110 Abgeordneten, bestehend aus 55 erfolgreichen Bewerbern aus den Wahlkreisen sowie 55 Abgeordneten nach den Landeswahlvorschlägen der Parteien. Die kandidierenden Parteien erhalten Abgeordnetensitze im Verhältnis der im gesamten Bundesland für sie abgegebenen Landesstimmen. Berücksichtigt werden dabei allerdings nur diejenigen Parteien, die mindestens 5 Prozent der Stimmen erhalten haben (Sperrklausel).

Die Ermittlung der Sitzverteilung erfolgt nach dem mathematischen Verfahren „Hare-Niemeyer“, wie folgt:

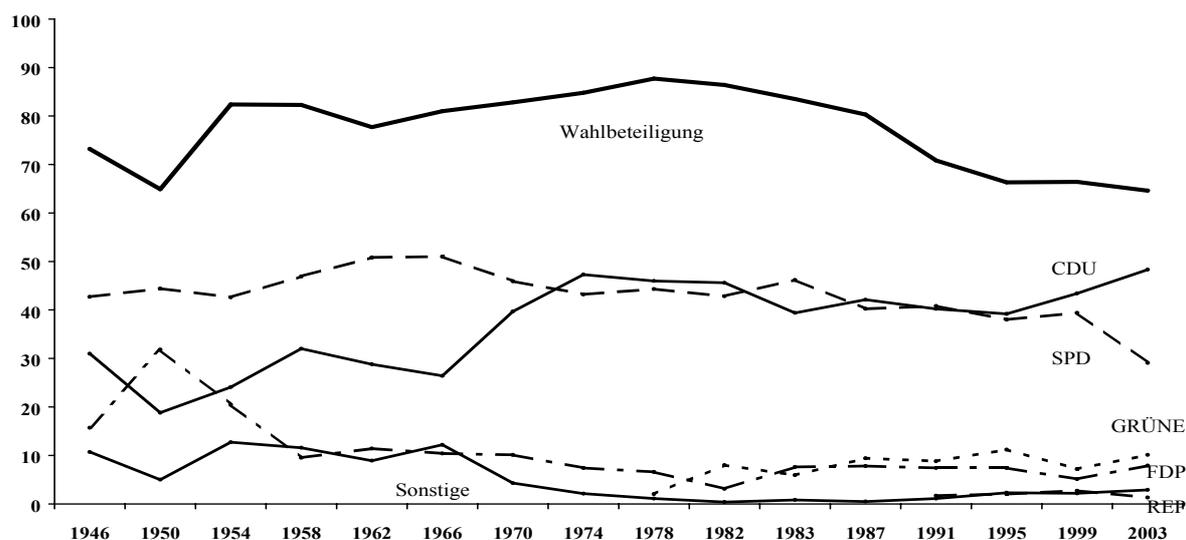
Anzahl der Sitze = Zahl der zu vergebenden Sitze * Landesstimmen für die Partei / Gesamtzahl der mandatsrelevanten Landesstimmen

Jede Partei oder Wählergruppe erhält zunächst so viele Sitze wie die Zahl vor dem Komma anzeigt. Sofern die Summe der ganzzahligen Anteile nicht die Gesamtzahl der Sitze ergibt, werden die restlichen Sitze in der Reihenfolge nach der Größe der verbleibenden Bruchteile hinter dem Komma verteilt.

Die von einer Partei oder Wählergruppe gewonnenen Direktmandate werden von der Gesamtzahl der Sitze abgezogen, die die Partei auf Grund der Verhältniswahl im Land gewonnen hat. Die verbleibenden Sitze werden nach der Reihenfolge auf der Landesliste vergeben, wobei gewählte Direktbewerber nicht erneut berücksichtigt werden.

Ist die Zahl der Direktmandate einer Partei größer als die Zahl der ihr auf Grund der Verhältniswahl zustehenden Sitze, kommt es zu Überhangmandaten sowie zu Ausgleichsmandaten für die anderen Parteien.

Wahlbeteiligung und Stimmenanteile bei Landtagswahlen in Hessen



Wahlbeteiligung und Stimmenanteile bei Landtagswahlen in Hessen							
	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	REP	Sonstige
01.12.1946	73,2	31,0	42,7	15,7	-	-	10,7
19.11.1950	64,9	18,8	44,4	31,8	-	-	5,0
28.11.1954	82,4	24,1	42,6	20,5	-	-	12,7
23.11.1958	82,3	32,0	46,9	9,5	-	-	11,6
11.11.1962	77,7	28,8	50,8	11,4	-	-	8,9
06.11.1966	81,0	26,4	51,0	10,4	-	-	12,2
08.11.1970	82,8	39,7	45,9	10,1	-	-	4,3
27.10.1974	84,8	47,3	43,2	7,4	-	-	2,1
08.10.1978	87,7	46,0	44,3	6,6	2,0	-	1,1
26.09.1982	86,4	45,6	42,8	3,1	8,0	-	0,4
25.09.1983	83,5	39,4	46,2	7,6	5,9	-	0,8
05.04.1987	80,3	42,1	40,2	7,8	9,4	-	0,5
20.01.1991	70,8	40,2	40,8	7,4	8,8	1,7	1,1
19.02.1995	66,3	39,2	38,0	7,4	11,2	2,0	2,3
07.02.1999	66,4	43,4	39,4	5,1	7,2	2,7	2,2
02.02.2003	64,6	48,8	29,1	7,9	10,1	1,3	2,9
Veränderungen gegenüber der Vorwahl							
	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	REP	Sonstige
01.12.1946	-	-	-	-	-	-	-
19.11.1950	-8,3	-12,2	+1,7	+16,1	-	-	-5,7
28.11.1954	+17,5	+5,3	-1,8	-11,3	-	-	+7,7
23.11.1958	-0,1	+7,9	+4,3	-11,0	-	-	-1,1
11.11.1962	-4,6	-3,2	+3,9	+1,9	-	-	-2,7
06.11.1966	+3,3	-2,4	+0,2	-1,0	-	-	+3,3
08.11.1970	+1,8	+13,3	-5,1	-0,3	-	-	-7,9
27.10.1974	+2,0	+7,6	-2,7	-2,7	-	-	-2,2
08.10.1978	+2,9	-1,3	+1,1	-0,8	+2,0	-	-1,0
26.09.1982	-1,3	-0,4	-1,5	-3,5	+6,0	-	-0,7
25.09.1983	-2,9	-6,2	+3,4	+4,5	-2,1	-	+0,4
05.04.1987	-3,2	+2,7	-6,0	+0,2	+3,5	-	-0,3
20.01.1991	-9,5	-1,9	+0,6	-0,4	-0,6	+1,7	+0,6
19.02.1995	-4,5	-1,0	-2,8	0,0	+2,4	+0,3	+1,2
07.02.1999	+0,1	+4,2	+1,4	-2,3	-4,0	+0,7	-0,1
02.02.2003	-1,8	+5,4	-10,3	+2,8	+2,9	-1,4	+0,7

Ab 1991 Landesstimmen

2003 = Endgültiges Ergebnis

**Gewählte Bewerberinnen/Bewerber in den Wahlkreisen
bei der Landtagswahl 2003 in Hessen**

1	Kassel-Land I	Dr. Walter Lübcke	CDU	44,8
2	Kassel-Land II	Manfred Schaub	SPD	46,6
3	Kassel-Stadt I	Eva Kühne-Hörmann	CDU	42,8
4	Kassel-Stadt II	Christoph Holler	CDU	42,2
5	Waldeck-Frankenberg I	Wilhelm Dietzel	CDU	54,0
6	Waldeck-Frankenberg II	Claudia Ravensburg	CDU	50,3
7	Schwalm-Eder I	Günter Rudolph	SPD	45,8
8	Schwalm-Eder II	Reinhard Otto	CDU	44,5
9	Eschwege-Witzenhausen	Uwe Brückmann	CDU	46,6
10	Rotenburg	Angelika Scholz	CDU	46,3
11	Hersfeld	Elisabeth Apel	CDU	47,9
12	Marburg-Biedenkopf I	Dr. Christean Wagner	CDU	52,6
13	Marburg-Biedenkopf II	Frank Gotthardt	CDU	48,8
14	Fulda I	Dr. Walter Arnold	CDU	70,8
15	Fulda II	Dr. Norbert Herr	CDU	69,4
16	Lahn-Dill I	Clemens Reif	CDU	56,2
17	Lahn-Dill II	Hans-Jürgen Irmer	CDU	52,0
18	Gießen I	Klaus Peter Möller	CDU	46,0
19	Gießen II	Volker Bouffier	CDU	54,6
20	Vogelsberg	Kurt Wiegel	CDU	55,1
21	Limburg-Weilburg I	Helmut Peuser	CDU	65,8
22	Limburg-Weilburg II	Karlheinz Weimar	CDU	56,1
23	Hochtaunus I	Holger Bellino	CDU	58,3
24	Hochtaunus II	Brigitte Kölsch	CDU	57,8
25	Wetterau I	Norbert Kartmann	CDU	55,7
26	Wetterau II	Klaus Dietz	CDU	54,0
27	Rheingau-Taunus I	Dr. Franz Josef Jung	CDU	57,2
28	Rheingau-Taunus II	Peter Beuth	CDU	55,7
29	Wiesbaden I	Armin Klein	CDU	51,7
30	Wiesbaden II	Birgit Zeimetz-Lorz	CDU	47,8
31	Wiesbaden III	Horst Klee	CDU	51,7
32	Main-Taunus I	Roland Koch	CDU	61,9
33	Main-Taunus II	Axel Wintermeyer	CDU	55,8
34	Frankfurt am Main I	Alfons Gerling	CDU	54,8
35	Frankfurt am Main II	Ulrich Caspar	CDU	44,3
36	Frankfurt am Main III	Boris Rhein	CDU	46,2
37	Frankfurt am Main IV	Michael Boddenberg	CDU	48,3
38	Frankfurt am Main V	Udo Corts	CDU	37,2
39	Frankfurt am Main VI	Gudrun Osterburg	CDU	50,8
40	Main-Kinzig I	Hugo Klein	CDU	53,6
41	Main-Kinzig II	Aloys Lenz	CDU	50,9
42	Main-Kinzig III	Dr. Rolf Müller	CDU	56,7
43	Offenbach-Stadt	Stefan Grüttner	CDU	50,7
44	Offenbach Land I	Rüdiger Hermanns	CDU	52,9
45	Offenbach Land II	Volker Hoff	CDU	59,0
46	Offenbach Land III	Frank Lortz	CDU	59,3
47	Groß-Gerau I	Roger Lenhart	CDU	45,9
48	Groß-Gerau II	Rudi Haselbach	CDU	44,8
49	Darmstadt-Stadt I	Rafael Reißer	CDU	41,8
50	Darmstadt-Stadt II	Karin Wolff	CDU	44,0
51	Darmstadt-Dieburg I	Gottfried Milde	CDU	46,9
52	Darmstadt-Dieburg II	Silke Lautenschläger	CDU	55,1
53	Odenwald	Judith Lannert	CDU	47,1
54	Bergstraße I	Dr. Peter Lennert	CDU	56,7
55	Bergstraße II	Ilona Dörr	CDU	54,6

Gewählte Bewerberinnen/Bewerber aus den Landeslisten der Parteien bei der Landtagswahl 2003 in Hessen
--

CDU:

lfd. Nr.		Listen- platz
1	Mark Weinmeister	35
2	Frank Williges	53

lfd. Nr.		Listen- platz
3	Anne Oppermann	56

SPD:

Lfd.		Listen- platz
1	Gerhard Bökel	1
2	Andrea Ypsilanti	2
3	Petra Fuhrmann	4
4	Lothar Klemm	5
5	Gernot Grumbach	6
6	Sabine Waschke	7
7	Gerhard Becker	8
8	Christel Hoffmann	9
9	Reinhard Kahl	10
10	Norbert Schmitt	11
11	Hildegard Pfaff	12
12	Bernd Riege	13
13	Dr. Judith Pauly-Bender	14
14	Uwe Frankenberger	15
15	Thorsten Schäfer-Gümbel	16
16	Silke Tesch	17

Lfd.		Listen- platz
17	Marco Pighetti	18
18	Hannelore Eckhardt	19
19	Jürgen May	20
20	Jürgen Walter	21
21	Nancy Faeser	22
22	Hartmut Holzapfel	23
23	Brigitte Hofmeyer	24
24	Bernhard Bender	25
25	Michael Siebel	26
26	Karin Hartmann	27
27	Dr. Thomas Spies	28
28	Heike Hofmann	29
29	Dr. Michael Reuter	30
30	Lothar Quanz	31
31	Heike Habermann	32

FDP:

Lfd.		Listen- platz
1	Ruth Wagner	1
2	Dieter Posch	2
3	Jörg-Uwe Hahn	3
4	Dorothea Henzler	4
5	Michael Denzin	5

Lfd.		Listen- platz
6	Heinrich Heidel	6
7	Roland von Hunnius	7
8	Nicola Beer	8
9	Florian Rentsch	9

Bündnis 90/Die Grünen:

Lfd.		Listen- platz
1	Evelin Schönhut-Keil	1
2	Tarek Al-Wazir	2
3	Ursula Hammann	3
4	Frank-Peter Kaufmann	4
5	Sarah Sorge	5
6	Mathias Wagner	6

Lfd.		Listen- platz
7	Margaretha Hölldobler- Heumüller	7
8	Martin Häusling	8
9	Priska Hinz	9
10	Dr. Andreas Jürgens	10
11	Kordula Schulz-Asche	11
12	Jürgen Frömmrich	12

2.2 Die Wählerwanderungsbilanz

In Hessen hat die Landtagswahl vom 2. Februar 2003 zu kräftigen Veränderungen geführt. Nach der Wanderungsbilanz von Infratest dimap im Rahmen der ARD-Wahlberichterstattung verlor die SPD an alle anderen Parteien sowie durch Wahlenthaltung. Die CDU gewann vor allem von der SPD sowie durch Mobilisierung früherer Nichtwähler, gab aber im lagerinternen Austausch zur Fortsetzung der schwarz-gelben Koalition Wähler an die FDP ab. Die Richtung der Wanderungsströme ist ähnlich verlaufen wie in Niedersachsen, das Ausmaß der Wählerbewegungen fiel jedoch insgesamt moderater aus.

Im Sog des Abwärtstrends der Bundespartei kehrten in Hessen 77.000 ehemalige SPD-Wähler der Partei den Rücken und wählten die **Union**. Von den sonstigen kleinen Parteien gewann die CDU 24.000 Wähler. Aus dem Lager der Nichtwähler mobilisierte sie 40.000 Stimmen. 28.000 Leihstimmen gingen zur Erhaltung der Regierungskoalition an die FDP.

Die **SPD** litt am stärksten unter der stark gestiegenen Wahlenthaltung. Bei nur geringfügig gesunkener Wahlbeteiligung büßte die SPD in Hessen in Folge ungenügender Mobilisierung 141.000 Stimmen ein. An zweiter Stelle standen die Abwanderungen zur Union. Im Saldo wählten diesmal 77.000 ehemalige SPD-Wähler die Union. Ca. 13.000 Wähler verlor die SPD an die FDP. Im lagerinternen Austausch gab sie 38.000 Wähler an die Grünen ab.

Bündnis 90/Die Grünen profitierten von der Schwäche der SPD. Sie gewannen im Saldo 38.000 Wählerstimmen von der SPD. Von ehemaligen FDP-Wählern erhielten die Grünen 1.000 Stimmen. Ca. 2.000 gaben sie an sonstige kleinere Parteien ab. Von Erstwählern gewannen sie im Saldo 13.000 Stimmen hinzu und 25.000 von zu-/fortgezogenen Wählern.

Die **FDP** profitierte in erster Linie vom taktischen Wahlverhalten und Stimmensplitting der Unionswähler. Zum anderen sprach sie aber offensichtlich auch unzufriedene SPD-Wähler an, die zwar ihrer Unzufriedenheit mit der Bundes-SPD Ausdruck verleihen, aber nicht die CDU wählen wollten. Die FDP gewann im Saldo 28.000 ehemalige CDU-Wähler und 13.000 ehemalige SPD-Wähler hinzu. Aus dem Lager der Nichtwähler mobilisierten die Liberalen 16.000 Stimmen und von Zu-/Fortgezogenen weitere 14.000.

Wählerwanderungsbilanz in Niedersachsen					
Stimmengewinne und –verluste im Saldo (spaltenweise)					
	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	Andere
Austausch mit...					
CDU		-77.000	0	+28.000	-24.000
SPD	+77.00		+38.000	+13.000	+5.000
GRÜNE	0	-38.000		-1.000	+2.000
FDP	-28.000	-13.000	+1.000		-3.000
Andere	+24.000	-5.000	-2.000	+3.000	
Nichtwähler	+40.000	-141.000	+1.000	+16.000	-5.000
Erstwähler/Verstorbene	-29.000	-46.000	+13.000	-1.000	+2.000
Zu-/Fortgezogene	+33.000	+14.000	+25.000	+14.000	+1.000
Infratest dimap Wahlberichterstattung					

Lesebeispiel: Die CDU gewinnt im Saldo 77.000 ehemalige Wähler der SPD und 24.000 Wähler von den sonstigen kleineren Parteien. Sie verliert im Saldo 28.000 ehemalige Unionswähler an die FDP.

2.3 Das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Die Wählerbewegungen fanden in allen Bevölkerungsgruppen statt. Die **Union** ist - mit Ausnahme bei Gewerkschaftsmitgliedern und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern – in allen Wählergruppen eindeutig stärkste Partei. Nach überdurchschnittlich hohen Zuwanderungen in den jüngeren und mittleren Altersgruppen liegt die CDU klar vor der SPD. Auch in allen Bildungsgruppen und Berufsgruppen hat die Union die SPD als stärkste Partei abgelöst. Einen starken Zustrom erhält die Union dabei insbesondere aus den sozialdemokratischen Kerngruppen und den neuen Mittelschichten. Der Vorsprung der CDU vor der SPD bei den Arbeitern beträgt +12 Prozentpunkte und bei den Angestellten +18 Prozentpunkte. Überdurchschnittlich hoch sind die Zugewinne auch bei Beamten und Arbeitslosen sowie bei Wählern mit niedriger Bildung.

Die **SPD** verlor in allen sozialen Gruppen und ist bei starken Verlusten nur noch bei Gewerkschaftsmitgliedern stärkste Partei. Insbesondere Arbeiter, Angestellte und Wähler in Berufs- bzw. Schulausbildung kehrten der SPD den Rücken. Bei Arbeitern büßte sie 16 Prozentpunkte ein, bei Angestellten 14 Prozentpunkte. Besonders auffällig sind auch die überdurchschnittlich hohen Abwanderungen bei den jüngeren und mittleren Altersgruppen. Bei den 25- bis 44-Jährigen war die SPD bei der 1999er Landtagswahl noch stärkste Partei.

Bündnis 90/Die Grünen sind bei dieser Wahl nicht die Partei der jungen Wähler, aber immer noch der jüngeren Altersgruppen. In den Gruppen der 25- bis 44-Jährigen, und dabei häufiger bei Frauen, fanden sie die meisten Unterstützer. Sie haben eine feste Bastion unter den Wählern mit höherer Bildung. In ihrer Wählerschaft sind vor allem Wähler in Berufs- oder Schulausbildung, aber auch Angestellte, Beamte und Selbständige überrepräsentiert.

Die **FDP** verzeichnet ihre größten Zugewinne in den jüngeren Altersgruppen und bei den über 60-Jährigen. Am stärksten hinzugewonnen haben die Liberalen bei Männern zwischen 25 und 34 und über 60 Jahren. Wähler mit höherer Bildung und Selbständige sind überrepräsentiert. Überproportionale Zuwachsraten zeichnen sich auch bei Katholiken ab.

Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht										
	CDU		SPD		GRÜNE		FDP		Sonstige	
	2003	03-99	2003	03-99	2003	03-99	2003	03-99	2003	03-99
Endergebnis	48,8	+5,4	29,1	-10,3	10,1	+2,9	7,9	+2,8	4,1	-0,8
Männer und Frauen										
18-24 Jahre	47	+8	22	-12	15	+3	8	+3	8	-2
25-34 Jahre	46	+11	24	-15	15	+2	9	+4	7	-2
35-44 Jahre	47	+13	25	-17	14	+1	6	+2	7	+1
45-59 Jahre	45	+0	32	-7	12	+6	7	+2	4	-1
60 Jahre u. älter	54	+3	32	-9	4	+3	9	+4	2	-1
Männer										
18-24 Jahre	52	+10	19	-11	15	+4	8	+4	6	-6
25-34 Jahre	46	+9	23	-13	14	+2	11	+5	6	-3
35-44 Jahre	50	+15	22	-19	12	-0	8	+3	8	+2
45-59 Jahre	46	+1	31	-8	10	+5	8	+2	4	+0
60 Jahre u. älter	54	+5	32	-11	3	+1	10	+5	2	-1
Männer gesamt	50	+7	28	-12	9	+2	9	+4	4	-1
Frauen										
18-24 Jahre	42	+6	26	-13	15	+2	7	+2	10	+3
25-34 Jahre	45	+12	24	-18	16	+3	7	+3	8	+0
35-44 Jahre	44	+10	28	-13	17	+3	4	+1	6	-1
45-59 Jahre	43	-1	33	-6	14	+7	7	+2	3	-1
60 Jahre u. älter	54	+2	31	-7	5	+4	8	+3	1	-1
Frauen gesamt	48	+4	30	-10	11	+4	7	+2	4	-1
Die Daten sind gewichtet nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis ARD/Infratest dimap Wahltagsbefragungen 1998 und 2003										

Wahlverhalten nach Bildung, Beruf, Gewerkschaftsmitgliedschaft und Konfession										
	CDU		SPD		GRÜNE		FDP		Sonstige	
	2003	03-99	2003	03-99	2003	03-99	2003	03-99	2003	03-99
Endergebnis	48,8	+5,4	29,1	-10,3	10,1	+2,9	7,9	+2,8	4,1	-0,8
Bildung*										
hoch	45	+5	23	-8	19	+3	10	+1	4	-0
mittel	51	+4	29	-10	7	+2	8	+4	5	-0
niedrig	51	+9	37	-12	4	+1	6	+4	3	-2
Tätigkeit										
Arbeiter	46	+12	34	-16	6	+1	5	+3	9	-0
Angestellte	45	+7	27	-14	15	+4	8	+3	5	+0
Beamte	47	+9	30	-6	15	+1	5	-1	2	-3
Selbständige	57	+5	13	-9	14	+3	13	+3	2	-2
Arbeitslose	40	+12	34	-8	12	+1	6	+1	7	-7
Rentner	52	+0	35	-5	4	+2	8	+4	1	-1
in Ausbildung	39	+4	25	-10	22	+5	8	+3	6	-1
Gewerkschaft										
Mitglieder	31	+4	49	-8	11	+2	4	+2	5	+0
nur Arbeiter	34	+10	48	-16	4	-1	5	+4	10	+3
Nicht-Mitglieder	52	+5	24	-11	10	+3	9	+3	4	-1
nur Arbeiter	53	+13	26	-15	7	+2	6	+2	9	-2
Konfession										
Keine	36	+5	29	-12	20	+6	7	+1	8	+1
Evangelisch	46	+7	34	-12	8	+2	6	+1	3	-2
Katholisch	63	+3	20	-6	8	+2	9	+5	3	-1
*hoch: Abitur/Hochschule/Universität; mittel: Mittel-/Realschule; niedrig: kein Abschluss/Volks-/Hauptschule Die Daten sind gewichtet nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis ARD/Infratest dimap Wahltagsbefragungen 1998 und 2003										

3. Wahlkreisanalyse

3.1 Wahlbeteiligung und Ergebnisse der Parteien in den Wahlkreisen

Die politische Landkarte Hessens wurde bei dieser Wahl in weiten Teilen neu eingefärbt. Die CDU verfügt in allen Regionen und allen Großstädten über teilweise komfortable Mehrheiten, während die Sozialdemokraten flächendeckend Verluste hinnehmen mussten. Selbst in ihrer alten Hochburg Kassel verloren die Sozialdemokraten fast ein Drittel ihrer Wähler¹. Bei den Zugewinnen der CDU besteht allerdings ein klares Stadt-Land-Gefälle. In den Großstädten fallen die Wählerbewegungen insgesamt geringer aus als in den dünn besiedelten Gebieten. In der Gesamtheit der Großstädte liegt das Plus für die CDU bei +1,8 Prozentpunkten, die Einbußen der SPD bei -8,4 Prozentpunkten. In den dünn besiedelten Gebieten andererseits umfasst der CDU-Gewinn +6,2 Prozentpunkte und der Verlust der SPD -10,8 Prozentpunkte. Hohe Unionsanteile korrespondieren weitgehend mit einer höheren Wahlbeteiligung. Ein Zusammenhang zwischen geringerer Wahlbeteiligung und höheren SPD-Verlusten ist nur in einzelnen Fällen sichtbar.

Die **Wahlbeteiligung** liegt mit 64,6 Prozent um -1,8 Prozentpunkte unter dem Wert der Vorwahl. Der Durchschnittswert verdeckt allerdings erhebliche Unterschiede in der Wahlbeteiligung. Die Spannweite der Wahlteilnahme reicht von 72,4 Prozent (32 Main-Taunus I) bis zu 53,8 Prozent (4 Kassel-Stadt II).

Bei den Wahlkreisen mit der höchsten Wahlbeteiligung handelt es sich neben dem Wahlkreis 32 Main-Taunus I um die Wahlkreise 24 Hochtaunus II (71,3 Prozent), 33 Main-Taunus II (70,0 Prozent), 15 Fulda II (69,6 Prozent), 28 Rheingau-Taunus II (69,0 Prozent), 7 Schwalm-Eder I (68,5 Prozent), 23 Hochtaunus I (68,4 Prozent) sowie 25 Wetterau I (68,2 Prozent). Die niedrigsten Wahlbeteiligungsraten weisen 16 Lahn-Dill I (58,7 Prozent), 30 Wiesbaden II (57,4 Prozent), 43 Offenbach-Stadt (57,2 Prozent), 34 Frankfurt am Main I (55,4 Prozent) und 4 Kassel-Stadt II (53,8 Prozent) auf.

In 7 Wahlkreisen liegt die Wahlteilnahme bei dieser Wahl höher, in 47 Wahlkreisen ist sie geringer als bei der Vorwahl. Die Wahlkreise mit gesteigener Wahlbeteiligung sind 50 Darmstadt-Stadt II (+0,2 Prozentpunkte), 32 Main-Taunus I (+0,4 Prozentpunkte), 49 Darmstadt-Stadt I (+0,7 Prozentpunkte), 41 Main-Kinzig II (+1,1 Prozentpunkte), 20 Vogelsberg (+2,3 Prozentpunkte), 40 Main-Kinzig I (+2,8 Prozentpunkte) sowie 42 Main-Kinzig III (+2,9 Prozentpunkte). Die höchsten Rückgänge in der Wahlteilnahme sind in den Wahlkreisen 9 Eschwege-Witzenhausen (-4,7 Prozentpunkte), 1 Kassel-Land I (-4,8 Pro-

¹ Bei dieser Landtagswahl wählten in Kassel nur noch 26.865 Wähler mit ihrer Landesstimme die SPD, während bei der 1999er Landtagswahl 38.918 Wähler der SPD ihre Stimme gaben. Dies bedeutet ein Minus von 12.053 Stimmen.

zentpunkte), 10 Rotenburg und 34 Frankfurt am Main I (jeweils -5,0 Prozentpunkte), 8 Schwalm-Eder II (-5,1 Prozentpunkte) sowie 4 Kassel-Stadt II (-6,1 Prozentpunkte) zu beobachten.

Die **CDU** ist bei dieser Landtagswahl in 53 Wahlkreisen die stärkste Partei. Sie gewann in 23 Wahlkreisen die absolute Mehrheit der Stimmen (davon in zwei Wahlkreisen sogar mehr als zwei Drittel der Landesstimmen). Lediglich in den beiden Wahlkreisen 2 Kassel-Land II und 7 Schwalm-Eder I erhielt die SPD die größeren Stimmenanteile. Die besten Ergebnisse erzielte die CDU Nord- und Ost-Hessen. Die höchsten Unionsanteile entfallen dabei auf die Wahlkreise 14 Fulda I und 15 Fulda II (jeweils 67,9 Prozent), 21 Limburg-Weilburg I (62,0 Prozent), 46 Offenbach Land III (56,7 Prozent), 16 Lahn-Dill I (55,1 Prozent), 45 Offenbach Land II (54,5 Prozent), 22 Limburg-Weilburg II (54,0 Prozent) sowie 27 Rheingau-Taunus I (53,8 Prozent). Am schlechtesten abgeschnitten hat die CDU in Darmstadt (38,7 Prozent)¹, Kassel (39,6 Prozent)² und Frankfurt³ (42,4 Prozent) sowie im Landkreis Kassel (40,6 Prozent)⁴ und im Schwalm-Eder-Kreis⁵ (41,2 Prozent).

Die CDU hat in 54 Wahlkreisen Stimmenanteile hinzugewonnen. Nur in 38 Frankfurt am Main V verzeichnet sie mit -0,6 Prozentpunkten leichte Verluste. Nord- und Ost-Hessen zeigen starke CDU Gewinne, den Gegenpol mit nur geringen Zuwächsen bildet der Großraum Frankfurt. Die niedrigsten Zuwächse hat die CDU in Frankfurt⁶ (+0,7 Prozentpunkte), Darmstadt⁷ (+1,2 Prozentpunkte), und im Main-Taunus-Kreis⁸ (+0,8 Prozentpunkte). Die Wahlkreise mit den höchsten Zugewinnen sind 11 Hersfeld (+11,5 Prozentpunkte), 20 Vogelsberg (+9,7 Prozentpunkte), 10 Rotenburg (+9,6 Prozentpunkte), 9 Eschwege-Witzenhausen (+9,3 Prozentpunkte) und 53 Odenwald (+9,0 Prozentpunkte).

Die **SPD** erzielte bei dieser Landtagswahl lediglich noch in drei Wahlkreisen mehr als 40 Prozent der Landesstimmen. In den Wahlkreisen 7 Schwalm-Eder I (42,7 Prozent) und 2 Kassel-Land II (41,8 Prozent) hat sie – bei überdurchschnittlichen Verlusten – höhere Wähleranteile als die CDU. Bei der Landtagswahl 1999 war die SPD noch in 18 Wahlkreisen stärkste Partei. Ihre besten Ergebnisse erzielten die Sozialdemokraten im nordwestlichen Hessen, westlich von Marburg sowie im Odenwald. Über dem Landesdurchschnitt lagen die SPD-Ergebnisse neben 7 Schwalm-Eder I und 2 Kassel-Land II in den Wahlkreisen 10 Rotenburg

1 49 Darmstadt-Stadt I: 37,4 Prozent; 50 Darmstadt-Stadt II: 41,8 Prozent

2 3 Kassel-Stadt I: 39,2 Prozent; 4 Kassel-Stadt II: 40,2 Prozent

3 35 Frankfurt am Main II: 40,1 Prozent; 36 Frankfurt am Main III: 41,4 Prozent, 38 Frankfurt am Main V: 33,7 Prozent

4 2 Kassel-Land II: 39,5 Prozent; 1 Kassel-Land I: 42,2 Prozent

5 7 Schwalm-Eder I: 37,9 Prozent; 8 Schwalm-Eder II: 44,4 Prozent

6 38 Frankfurt am Main V: -0,6 Prozentpunkte; 35 Frankfurt am Main II: +0,2 Prozentpunkte; 37 Frankfurt am Main IV: +0,3 Prozentpunkte; 36 Frankfurt am Main III: +0,4 Prozentpunkte; 39 Frankfurt am Main VI: +1,7 Prozentpunkte; 34 Frankfurt am Main I: +3,0 Prozentpunkte

7 49 Darmstadt-Stadt I: +1,2 Prozentpunkte; 50 Darmstadt-Stadt II: +3,1 Prozentpunkte

8 33 Main-Taunus II: +0,4 Prozentpunkte; 32 Main-Taunus I: +1,3 Prozentpunkte

(40,6 Prozent), 1 Kassel-Land I (39,8 Prozent), 11 Hersfeld (39,2 Prozent), 9 Eschwege-Witzenhausen (38,8 Prozent), 8 Schwalm-Eder II (38,1 Prozent), Kassel-Stadt II (37,0 Prozent), 53 Odenwald (35,3 Prozent) und 12 Marburg-Biedenkopf I (34,7 Prozent).

Die SPD büßte in allen Wahlkreisen Stimmenanteile ein. In der Hälfte (27 Wahlkreise) der Wahlkreise liegen die Verluste im zweistelligen Bereich. Am stärksten verloren haben die Sozialdemokraten in 1 Kassel-Land I (-13,7 Prozentpunkte), 42 Main-Kinzig III (-13,6 Prozentpunkte) sowie in 2 Kassel-Land II und 20 Vogelsberg (jeweils -12,8 Prozentpunkte). Die niedrigsten Verluste verzeichnet die SPD in Frankfurt (38 Frankfurt am Main V: -5,9 Prozentpunkte; 35 Frankfurt am Main II: -6,1 Prozentpunkte, Frankfurt am Main III -6,6 Prozentpunkte; Frankfurt am Main IV: -7,0 Prozentpunkte) und 18 Gießen I (-6,3 Prozentpunkte).

Die **FDP** erzielte in 5 Wahlkreisen zweistellige Ergebnisse. Dies sind 32 Main-Taunus I (13,9 Prozent), 24 Hochtaunus II (13,3 Prozent), 23 Hochtaunus I (12,1 Prozent), 36 Frankfurt am Main III (10,9 Prozent) und 29 Wiesbaden I (10,8 Prozent). Die niedrigsten Wähleranteile für die Liberalen sind in 11 Hersfeld mit 5,1 Prozent, 15 Fulda II mit 5,2 Prozent, 10 Rotenburg mit 5,4 Prozent und 53 Odenwald mit 5,5 Prozent zu verzeichnen.

Die Liberalen gewannen in allen Wahlkreisen hinzu. In 24 Wahlkreisen liegen die Zugewinne über dem Landesdurchschnitt. Die Wahlkreise mit den größten Zuwächsen sind 32 Main-Taunus I (+5,2 Prozentpunkte), 23 Hochtaunus I und 21 Limburg-Weilburg I (jeweils +3,7 Prozentpunkte) sowie 24 Hochtaunus II (+3,6 Prozentpunkte). Am wenigsten hinzugewonnen hat die FDP in 15 Fulda II (+1,7 Prozentpunkte), 53 Odenwald, 11 Hersfeld und 10 Rotenburg (jeweils +1,8 Prozentpunkte).

In 25 Wahlkreisen erzielten **Bündnis 90/Die Grünen** zweistellige Ergebnisse. In zwei Wahlkreisen blieben sie unter der 5-Prozent-Marke. Ihre Hochburgen liegen in städtischen Wahlkreisen oder deren Umland, in ländlich geprägten Gebieten schnitten sie dagegen unterdurchschnittlich ab. Die Wahlkreise mit den höchsten Grünen-Anteilen sind 38 Frankfurt am Main V (26,8 Prozent), 49 Darmstadt-Stadt I (20,2 Prozent), 3 Kassel-Stadt I (19,6 Prozent), Frankfurt am Main III (18,1 Prozent), 35 Frankfurt am Main II (17,5 Prozent) und 37 Frankfurt am Main IV (17,0 Prozent). Die Wahlkreise mit den niedrigsten Stimmenanteilen sind 15 Fulda II (5,4 Prozent), 11 Hersfeld (5,1 Prozent), 16 Lahn-Dill I (4,7 Prozent) und 10 Rotenburg (4,4 Prozent).

Bündnis 90/Die Grünen konnten ihre Wähleranteile flächendeckend ausbauen, wobei die Zugewinne von +0,5 bis +6,2 Prozentpunkten reichen. Die größten Zuwächse sind in den Wahlkreisen 3 Kassel-Stadt I (+6,2 Prozentpunkte), 33 Main-Taunus II (+5,6 Prozentpunkte),

4 Kassel-Stadt II (+4,8 Prozentpunkte), 49 Darmstadt I (+4,6 Prozentpunkte) und 29 Wiesbaden I (+4,4 Prozentpunkte) zu beobachten. Die Wahlkreise mit den geringsten Zuwächsen sind 37 Frankfurt am Main IV (+0,5 Prozentpunkte), 10 Rotenburg (+0,9 Prozentpunkte) und 16 Lahn-Dill I (+1,4 Prozentpunkte).

Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien in den Wahlkreisen¹⁾
- Landesstimmen -

	Wahlbeteiligung		CDU		SPD		Grüne		FDP	
	2003 %	03-99 %-Punkte	2003 %	03-99 %-Punkte	2003 %	03-99 %-Punkte	2003 %	03-99 %-Punkte	2003 %	03-99 %-Punkte
1 Kassel-Land I	66,5	-4,5	42,2	+8,6	39,8	-13,7	8,2	+3,3	6,0	+2,2
2 Kassel-Land II	67,8	-3,9	39,5	+6,7	41,8	-12,8	9,2	+4,1	6,0	+2,2
3 Kassel-Stadt I	65,6	-3,0	39,2	+1,5	30,3	-9,7	19,6	+6,2	7,9	+2,3
4 Kassel-Stadt II	53,8	-6,2	40,2	+5,1	37,0	-11,9	12,8	+4,8	6,1	+2,7
5 Waldeck-Frankenberg I	63,8	-1,2	50,6	+8,3	31,2	-11,9	6,1	+2,2	9,1	+3,1
6 Waldeck-Frankenberg II	60,1	-3,6	50,9	+8,9	30,4	-11,5	6,8	+2,6	8,5	+2,3
7 Schwalm-Eder I	68,5	-4,8	37,9	+6,3	42,7	-12,0	7,1	+2,4	9,0	+3,5
8 Schwalm-Eder II	65,3	-5,1	44,4	+7,6	38,1	-11,7	6,3	+2,2	7,9	+3,4
9 Eschwege-Witzenhausen	63,8	-4,7	43,9	+9,3	38,8	-11,5	7,4	+2,4	6,6	+2,3
10 Rotenburg	67,4	-5,0	46,5	+9,6	40,6	-9,6	4,4	+0,9	5,4	+1,8
11 Hersfeld	65,7	-4,3	46,8	+11,5	39,2	-11,5	5,1	+1,7	5,1	+1,8
12 Marburg-Biedenkopf I	62,1	-2,9	48,6	+6,6	34,7	-9,3	6,6	+1,7	6,3	+2,7
13 Marburg-Biedenkopf II	64,9	-3,3	45,7	+3,9	30,1	-7,3	13,5	+2,2	7,0	+2,6
14 Fulda I	65,0	-3,0	67,9	+7,5	17,2	-9,8	6,0	+1,9	5,9	+2,1
15 Fulda II	69,6	-1,9	67,9	+8,1	17,9	-10,2	5,4	+2,1	5,2	+1,7
16 Lahn-Dill I	58,7	-1,8	55,1	+7,1	29,0	-9,0	4,7	+1,4	5,9	+2,3
17 Lahn-Dill II	62,9	-1,9	49,0	+4,8	31,7	-8,1	7,2	+2,2	7,6	+2,5
18 Gießen I	62,7	-1,3	43,1	+2,5	31,4	-6,3	12,9	+3,0	9,0	+2,5
19 Gießen II	65,5	-2,2	49,0	+6,9	30,2	-10,1	8,0	+2,4	9,1	+3,2
20 Vogelsberg	64,9	+2,3	51,7	+9,7	30,7	-12,8	6,1	+1,8	7,8	+2,2
21 Limburg-Weilburg I	64,1	-1,7	62,0	+3,6	22,1	-8,8	5,9	+2,2	7,0	+3,7
22 Limburg-Weilburg II	63,4	-3,1	54,0	+6,4	29,5	-11,1	6,1	+2,1	7,5	+3,5
23 Hochtaunus I	68,4	-0,3	52,8	+3,0	21,3	-9,7	10,6	+3,5	12,1	+3,7
24 Hochtaunus II	71,3	-0,4	52,3	+2,3	20,4	-8,8	10,8	+3,3	13,3	+3,6
25 Wetterau I	68,2	-0,2	52,1	+5,1	26,3	-10,3	10,0	+3,1	8,3	+2,9
26 Wetterau II	62,5	-1,5	50,9	+7,9	29,8	-12,0	7,3	+2,4	7,8	+3,2
27 Rheingau-Taunus I	66,9	-1,0	53,8	+4,0	24,1	-9,6	9,8	+3,6	9,3	+3,1
28 Rheingau-Taunus II	69,0	-0,2	51,2	+6,2	26,9	-10,8	10,2	+3,0	8,2	+2,3
29 Wiesbaden I	65,7	-0,6	47,2	+1,1	25,0	-7,3	14,1	+4,4	10,8	+2,8
30 Wiesbaden II	57,4	-4,3	45,8	+3,7	30,4	-8,6	12,4	+3,7	7,1	+2,7
31 Wiesbaden III	62,5	-2,5	48,4	+4,2	29,0	-9,1	10,2	+3,2	7,8	+3,0
32 Main-Taunus I	72,4	+0,4	52,2	+1,3	19,8	-8,9	10,5	+4,0	13,9	+5,2

Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien in den Wahlkreisen¹⁾
- Landesstimmen -

	Wahlbeteiligung		CDU		SPD		Grüne		FDP	
	2003 %	03-99 %-Punkte	2003 %	03-99 %-Punkte	2003 %	03-99 %-Punkte	2003 %	03-99 %-Punkte	2003 %	03-99 %-Punkte
33 Main-Taunus II	70,0	-1,1	50,2	+0,4	20,7	-10,6	13,8	+5,6	9,5	+3,5
34 Frankfurt am Main I	55,4	-5,0	49,9	+3,0	27,4	-8,7	9,9	+3,0	7,1	+3,4
35 Frankfurt am Main II	61,1	-3,4	40,1	+0,2	29,2	-6,1	17,5	+3,1	8,5	+2,5
36 Frankfurt am Main III	61,1	-2,7	41,4	+0,4	25,7	-6,6	18,1	+3,9	10,9	+2,7
37 Frankfurt am Main IV	63,3	-2,4	43,2	+0,3	23,0	-7,0	17,0	+0,5	9,6	+3,4
38 Frankfurt am Main V	62,9	-0,1	33,7	-0,6	26,9	-5,9	26,8	+3,9	8,7	+2,6
39 Frankfurt am Main VI	61,7	-3,3	47,4	+1,7	27,1	-7,6	12,6	+3,3	8,3	+2,9
40 Main-Kinzig I	65,3	+2,8	50,6	+6,6	29,1	-12,5	9,1	+3,0	6,9	+3,0
41 Main-Kinzig II	60,0	+1,1	48,1	+3,2	28,9	-9,0	8,9	+2,6	7,9	+3,1
42 Main-Kinzig III	64,4	+2,9	53,5	+8,7	27,7	-13,6	7,3	+2,7	6,7	+3,1
43 Offenbach-Stadt	57,2	-3,3	46,3	+2,8	26,4	-8,8	12,8	+2,5	7,3	+2,8
44 Offenbach Land I	66,0	-0,8	49,1	+2,8	25,0	-10,3	12,6	+4,3	8,9	+2,9
45 Offenbach Land II	66,3	-0,8	54,5	+4,6	23,1	-9,8	9,7	+3,0	8,0	+2,8
46 Offenbach Land III	67,7	0,0	56,7	+5,2	23,7	-9,8	8,8	+2,7	7,1	+2,9
47 Groß-Gerau I	65,3	-2,6	43,0	+3,6	31,1	-12,4	12,1	+4,1	6,1	+2,2
48 Groß-Gerau II	64,9	-1,5	42,9	+5,8	31,2	-11,2	12,5	+1,9	6,7	+2,4
49 Darmstadt-Stadt I	63,1	+0,7	37,4	+1,2	29,1	-10,4	20,2	+4,6	9,0	+3,5
50 Darmstadt-Stadt II	67,3	+0,2	41,8	+3,1	29,4	-11,1	15,5	+4,3	9,4	+3,2
51 Darmstadt-Dieburg I	65,8	-1,4	44,7	+6,1	30,4	-11,8	11,9	+2,7	7,9	+2,0
52 Darmstadt-Dieburg II	66,3	-1,8	50,6	+7,4	28,7	-11,3	9,5	+2,7	7,0	+2,2
53 Odenwald	66,1	-4,2	47,7	+9,0	35,3	-10,4	7,5	+1,7	5,5	+1,8
54 Bergstraße I	62,4	-1,3	53,3	+6,4	29,5	-9,2	7,1	+2,0	6,5	+2,5
55 Bergstraße II	63,6	-3,2	52,6	+6,7	28,1	-9,8	8,3	+2,6	7,1	+2,3

1) Endgültiges Ergebnis

3.2 Verteilung der Direktmandate

Aus den Wählerbewegungen folgte ein umfassender Wechsel in den Direktmandaten. Von den 55 Wahlkreisen konnten die CDU 53 erobern, 19 mehr als bei der letzten Landtagswahl. Lediglich zwei Wahlkreise (Kassel-Land II und Schwalm-Eder I) blieben noch in Händen der SPD.

Erneut gewonnen haben die CDU-Wahlkreisbewerber das Direktmandat in den Wahlkreisen:

	CDU	SPD		CDU	SPD
13 Marburg-Biedenkopf II	48,8	36,1	31 Wiesbaden III	51,7	37,1
14 Fulda I	70,8	18,6	32 Main-Taunus I	61,9	24,8
15 Fulda II	69,4	18,9	33 Main-Taunus II	55,8	24,6
16 Lahn-Dill I	56,2	31,2	34 Frankfurt am Main I	54,8	30,2
17 Lahn-Dill II	52,0	36,6	35 Frankfurt am Main II	44,3	33,3
18 Gießen I	46,0	36,0	36 Frankfurt am Main III	46,2	30,2
19 Gießen II	54,6	32,5	37 Frankfurt am Main IV	48,3	28,7
21 Limburg-Weilburg I	65,8	25,1	39 Frankfurt am Main VI	50,8	32,1
22 Limburg-Weilburg II	56,1	33,5	41 Main-Kinzig II	50,9	32,9
23 Hochtaunus I	58,3	23,4	42 Main-Kinzig III	56,7	30,0
24 Hochtaunus II	57,8	23,5	43 Offenbach-Stadt	50,7	31,1
25 Wetterau I	55,7	30,2	44 Offenbach Land I	52,9	26,9
26 Wetterau II	54,0	33,3	45 Offenbach Land II	59,0	26,5
27 Rheingau-Taunus I	57,2	26,8	46 Offenbach Land III	59,3	27,1
28 Rheingau-Taunus II	55,7	30,5	52 Darmstadt-Dieburg II	55,1	30,7
29 Wiesbaden I	51,8	30,5	54 Bergstraße I	56,7	33,1
30 Wiesbaden II	47,8	34,7	55 Bergstraße II	54,6	30,7

Von der SPD übergegangen an die CDU sind die Direktmandate in den Wahlkreisen:

	CDU	SPD		CDU	SPD
1 Kassel-Land I	44,8	43,9	20 Vogelsberg	55,1	33,8
3 Kassel-Stadt I	42,8	33,8	38 Frankfurt am Main V	37,2	36,9
4 Kassel-Stadt II	42,2	39,5	40 Main-Kinzig I	53,6	34,7
5 Waldeck-Frankenberg I	54,0	33,4	47 Groß-Gerau I	45,9	38,0
6 Waldeck-Frankenberg II	50,3	35,2	48 Groß-Gerau II	44,8	36,8
8 Schwalm-Eder II	44,5	42,0	49 Darmstadt-Stadt I	41,8	34,5
9 Eschwege-Witzenhausen	46,6	42,2	50 Darmstadt-Stadt II	44,0	34,1
10 Rotenburg	46,3	42,7	51 Darmstadt-Dieburg I	46,9	35,9
11 Hersfeld	47,9	43,4	53 Odenwald	47,1	42,6
12 Marburg-Biedenkopf I	52,6	37,4			

Die SPD errang nur noch zwei Direktmandate. Mit Verlusten zwischen -1,8 Prozentpunkten und -12,5 Prozentpunkten büßten die Sozialdemokraten bei dieser Wahl 19 Direktmandate ein. Von den sozialdemokratischen Wahlkreiskandidaten gewannen nur noch Manfred Schaub im Wahlkreis 2 Kassel-Land II und Günter Rudolph im Wahlkreis 7 Schwalm-Eder I mit 46,6 bzw. 45,8 Prozent ihr Direktmandat.

Mit einem Abstand von weniger als 2.000 Stimmen fiel die Entscheidung zu Gunsten des CDU-Wahlkreisbewerbers in 7 Wahlkreisen. Am umstrittensten war der Wahlkreis 38 Frankfurt am Main V. Hier gewann der Christdemokrat Udo Corts mit einem Vorsprung von nur 85 Stimmen das Direktmandat.

Die Wahlkreise mit einem Abstand des Wahlkreissiegers zum Zweitplatzierten bis unter 2.000 Stimmen				
Wahlkreis	Partei mit dem höchsten zweithöchsten Wahlkreisergebnis		Abstand zwischen den Ergebnissen	
	CDU	SPD		
38 Frankfurt am Main V	37,2	36,9	85	0,2
1 Kassel-Land I	44,8	43,9	418	0,8
4 Kassel-Stadt II	42,2	39,5	937	2,7
8 Schwalm-Eder II	44,5	42,0	1.217	2,5
10 Rotenburg	46,3	42,7	1.424	3,6
9 Eschwege-Witzenhausen	46,6	42,2	1.761	4,4
11 Hersfeld	47,9	43,4	1.771	4,5

In 22 Wahlkreisen fiel die Entscheidung mit Stimmendifferenzen von zum Teil deutlich mehr als 10.000 Stimmen. Den größten Vorsprung erzielte der christdemokratische Wahlkreisbewerber Dr. Norbert Herr im Wahlkreis 15 Fulda II mit einem Vorsprung von +28.218 Stimmen bei einem Wähleranteil von 69,4 Prozent. Der Christdemokrat Dr. Walter Arnold errang das Mandat im Wahlkreis 14 Fulda I mit 70,8 Prozent der Erststimmen und einem Stimmenplus von 26.947 Stimmen.

Das Muster der Gewinne und Verluste von CDU- und SPD-Wahlkreisbewerbern verläuft analog zu den Ergebnissen der Parteien (Landesstimmen). Bei der **SPD** fiel die Bilanz in allen Wahlkreisen negativ aus, während die CDU-Wahlkreiskandidaten in allen Wahlkreisen hinzugewonnen haben. In den Großstädten fallen die Wählerbewegungen dabei insgesamt geringer aus als in den dünn besiedelten Gebieten. In der Gesamtheit der Großstädte liegt das Plus für die CDU-Kandidaten bei +3,3 Prozentpunkten, die Einbußen der SPD bei -6,2 Prozentpunkten. In den dünn besiedelten Gebieten andererseits umfasst der CDU-Gewinn +7,4 Prozentpunkte und der Verlust der SPD -8,9 Prozentpunkte. Regional zeigen sich starke Zugewinne für die CDU und starke Verluste für die SPD in Nord- und Ost-Hessen. Den Gegenpol bildet der Großraum Frankfurt mit geringeren Wählerbewegungen.

Die Wahlkreise mit den höchsten Stimmenanteilen für den jeweiligen Unionskandidaten sind 14 Fulda I, 15 Fulda II, 21 Limburg-Weilburg I, 32 Main-Taunus I, 46 Offenbach Land III, 45 Offenbach Land II, 23 Hochtaunus I, 24 Hochtaunus II, und 27 Rheingau-Taunus I. Am schlechtesten schnitten die Unionskandidaten in 4 Kassel-Stadt II, 49 Darmstadt-Stadt I, 2 Kassel-Land II, 7 Schwalm-Eder I und 38 Frankfurt am Main V (s. oben).

Die größten Zugewinne verzeichnen die Unionskandidaten in den Wahlkreisen 11 Hersfeld (+11,7 Prozentpunkte), 9 Eschwege-Witzenhausen (+10,8 Prozentpunkte), 20 Vogelsberg (+10,7 Prozentpunkte), 19 Gießen II (+10,5 Prozentpunkte), 5 Waldeck-Frankenberg I (+10,4 Prozentpunkte), 28 Rheingau-Taunus II (+10,3 Prozentpunkte) 1 Kassel-Land I (+10,0 Prozentpunkte). Am wenigsten hinzugewonnen haben die Unionskandidaten in 38 Frankfurt am Main V und 18 Gießen I (jeweils +1,5 Prozentpunkte), 29 Wiesbaden I (+1,7 Prozentpunkte), 36 Frankfurt am Main III (+1,8 Prozentpunkte), 35 Frankfurt am Main II (+2,5 Prozentpunkte), 39 Frankfurt am Main VI (+2,7 Prozentpunkte) und 3 Kassel-Stadt I (+2,8 Prozentpunkte).

Die Wahlkreise mit den höchsten Erststimmenanteilen für die SPD-Wahlkreisbewerber sind 2 Kassel-Land II (46,6 Prozent), 7 Schwalm-Eder I (45,8 Prozent), 1 Kassel-Land I (43,9 Prozent), 11 Hersfeld (43,4 Prozent), 10 Rotenburg (42,7 Prozent), 53 Odenwald (42,6 Prozent), 9 Eschwege-Witzenhausen (42,2 Prozent) und 8 Schwalm-Eder II (42,0 Prozent). Am schlechtesten fielen die Ergebnisse im Landkreis Main-Taunus, Hochtaunus und in Fulda aus. Hier erzielten die sozialdemokratischen Wahlkreisandidaten weniger als ein Viertel der Wählerstimmen.

Im zweistelligen Bereich lagen die Verluste für die SPD-Wahlkreisandidaten in den Wahlkreisen 26 Wetterau II und 8 Schwalm-Eder I (jeweils -10,0 Prozentpunkte), 14 Fulda I, 2 Kassel-Land II und 7 Schwalm-Eder I (jeweils -10,3 Prozentpunkten), 19 Gießen II (-10,5 Prozentpunkte), 4 Kassel-Stadt II (-10,8 Prozentpunkte), 40 Main-Kinzig-I (-10,9 Prozentpunkte), 42 Main-Kinzig III und 20 Vogelsberg II (jeweils -11,1 Prozentpunkte), 28 Rheingau-Taunus II (-11,3 Prozentpunkte), 5 Waldeck-Frankenberg I und 1 Kassel-Land I (jeweils -11,8 Prozentpunkte), 3 Kassel-Stadt I (-12,1 Prozentpunkte) und 52 Darmstadt (-12,5 Prozentpunkte). Die geringsten Verluste verzeichnen die SPD-Kandidaten in 38 Frankfurt am Main V (-1,8 Prozentpunkte), 29 Wiesbaden I und 31 Wiesbaden III (jeweils -2,2 Prozentpunkte), 13 Marburg-Biedenkopf II (-3,6 Prozentpunkte) sowie 37 Frankfurt am Main IV (-5,0 Prozentpunkte).

Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien in den Wahlkreisen¹⁾
- Personenstimmen -

	Wahlbeteiligung		CDU		SPD		Grüne		FDP	
	2003 %	03-99 %-Punkte	2003 %	03-99 %-Punkte	2003 %	03-99 %-Punkte	2003 %	03-99 %-Punkte	2003 %	03-99 %-Punkte
1 Kassel-Land I	66,5	-4,5	44,8	+10,0	43,9	-11,8	7,1	+3,0	4,2	+1,4
2 Kassel-Land II	67,8	-3,9	41,1	+8,0	46,6	-10,3	8,0	+3,0	4,2	+1,3
3 Kassel-Stadt I	65,6	-3,0	42,8	+2,8	33,8	-12,1	17,9	+8,6	5,5	+2,4
4 Kassel-Stadt II	53,8	-6,2	42,2	+6,1	39,5	-10,8	12,5	+5,1	4,8	+2,1
5 Waldeck-Frankenberg I	63,8	-1,2	54,0	+10,5	33,4	-11,8	5,0	+1,6	7,6	+2,7
6 Waldeck-Frankenberg II	60,1	-3,6	50,3	+7,3	35,2	-8,7	5,9	+2,1	8,2	+2,1
7 Schwalm-Eder I	68,5	-4,8	38,7	+6,5	45,8	-10,3	5,6	+1,2	9,9	+4,7
8 Schwalm-Eder II	65,3	-5,1	44,5	+7,0	42,0	-10,0	5,9	+1,8	7,7	+4,2
9 Eschwege-Witzenhausen	63,8	-4,7	46,6	+10,8	42,2	-9,9	6,6	+1,9	4,5	+1,4
10 Rotenburg	67,4	-5,0	46,3	+8,0	42,7	-8,1	3,6	+0,3	4,1	+1,1
11 Hersfeld	65,7	-4,3	47,9	+11,7	43,4	-8,1	4,2	+0,7	4,5	+2,0
12 Marburg-Biedenkopf I	62,1	-2,9	52,6	+8,1	37,4	-8,2	5,6	+1,7	4,4	+2,3
13 Marburg-Biedenkopf II	64,9	-3,3	48,8	+5,0	36,1	-3,6	9,3	-0,7	4,0	+1,2
14 Fulda I	65,0	-3,0	70,8	+8,7	18,6	-10,3	6,3	+3,1	4,3	+2,0
15 Fulda II	69,6	-1,9	69,4	+7,6	18,9	-9,7	5,7	+2,5	3,9	+1,6
16 Lahn-Dill I	58,7	-1,8	56,2	+7,6	31,2	-7,9	4,5	+1,1	3,6	+0,9
17 Lahn-Dill II	62,9	-1,9	52,0	+5,3	36,6	-5,4	4,6	+0,8	5,1	+1,1
18 Gießen I	62,7	-1,3	46,0	+1,5	36,0	-5,1	9,8	+3,4	6,8	+2,9
19 Gießen II	65,5	-2,2	54,6	+10,5	32,5	-10,5	6,8	+2,1	6,2	+1,9
20 Vogelsberg	64,9	+2,3	55,1	+10,7	33,8	-11,1	5,7	+1,9	5,4	+1,4
21 Limburg-Weilburg I	64,1	-1,7	65,8	+5,9	25,1	-7,1	5,2	+1,9	4,0	+1,8
22 Limburg-Weilburg II	63,4	-3,1	56,1	+6,8	33,5	-9,1	4,8	+1,6	5,6	+3,0
23 Hochtaunus I	68,4	-0,3	58,3	+5,2	23,4	-8,8	9,2	+2,5	7,4	+2,0
24 Hochtaunus II	71,3	-0,4	57,8	+3,8	23,5	-7,4	9,3	+3,0	7,7	+1,2
25 Wetterau I	68,2	-0,2	55,7	+7,1	30,2	-8,7	8,0	+3,0	6,1	+2,1
26 Wetterau II	62,5	-1,5	54,0	+9,4	33,3	-10,0	6,3	+1,9	6,4	+3,0
27 Rheingau-Taunus I	66,9	-1,0	57,2	+4,3	26,8	-7,4	8,9	+3,7	7,1	+2,3
28 Rheingau-Taunus II	69,0	-0,2	55,7	+10,3	30,5	-11,3	8,9	+3,0	4,9	+0,8
29 Wiesbaden I	65,7	-0,6	51,7	+1,7	30,5	-2,2	10,5	+1,2	5,7	+0,9
30 Wiesbaden II	57,4	-4,3	47,8	+4,4	34,7	-6,9	10,0	+3,1	4,7	+1,9
31 Wiesbaden III	62,5	-2,5	51,7	+4,3	37,1	-2,2	6,2	+0,6	4,1	+1,0
32 Main-Taunus I	72,4	+0,4	61,9	+6,0	24,8	-5,9	8,0	+2,8	5,2	+0,5

Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien in den Wahlkreisen¹⁾
- Personenstimmen -

	Wahlbeteiligung		CDU		SPD		Grüne		FDP	
	2003 %	03-99 %-Punkte	2003 %	03-99 %-Punkte	2003 %	03-99 %-Punkte	2003 %	03-99 %-Punkte	2003 %	03-99 %-Punkte
33 Main-Taunus II	70,0	-1,1	55,8	+3,2	24,6	-8,1	13,3	+5,9	6,3	+2,3
34 Frankfurt am Main I	55,4	-5,0	54,8	+5,5	30,2	-7,3	8,2	+2,5	4,2	+1,9
35 Frankfurt am Main II	61,1	-3,4	44,3	+2,5	33,3	-6,1	15,5	+4,6	5,3	+1,0
36 Frankfurt am Main III	61,1	-2,7	46,2	+1,8	30,2	-5,2	15,2	+3,4	6,6	+0,9
37 Frankfurt am Main IV	63,3	-2,4	48,3	+3,3	28,7	-5,0	16,3	+2,8	6,7	+2,4
38 Frankfurt am Main V	62,9	-0,1	37,2	+1,5	36,9	-1,8	19,9	+1,6	4,7	+0,6
39 Frankfurt am Main VI	61,7	-3,3	50,8	+2,7	32,1	-5,5	8,9	+2,0	5,9	+2,0
40 Main-Kinzig I	65,3	+2,8	53,6	+9,1	34,7	-10,9	7,1	+2,7	4,6	+2,2
41 Main-Kinzig II	60,0	+1,1	50,9	+3,6	32,9	-6,4	6,9	+1,7	5,4	+2,7
42 Main-Kinzig III	64,4	+2,9	56,7	+9,8	30,0	-11,1	6,5	+2,3	5,1	+2,1
43 Offenbach-Stadt	57,2	-3,3	50,7	+4,7	31,1	-6,6	11,6	+3,4	5,4	+2,4
44 Offenbach Land I	66,0	-0,8	52,9	+4,0	29,6	-8,3	10,9	+4,1	6,5	+3,0
45 Offenbach Land II	66,3	-0,8	59,0	+6,5	26,5	-7,8	8,7	+2,6	5,0	+1,8
46 Offenbach Land III	67,7	0,0	59,3	+5,9	27,1	-6,7	7,7	+1,2	5,9	+3,2
47 Groß-Gerau I	65,3	-2,6	45,9	+6,1	38,0	-8,7	10,9	+4,0	5,2	+2,6
48 Groß-Gerau II	64,9	-1,5	44,8	+7,0	36,8	-8,6	12,1	+2,5	5,3	+2,6
49 Darmstadt-Stadt I	63,1	+0,7	41,8	+3,1	34,5	-7,2	14,9	+1,5	5,0	+1,8
50 Darmstadt-Stadt II	67,3	+0,2	44,0	+3,6	34,1	-9,0	12,2	+3,1	8,2	+3,0
51 Darmstadt-Dieburg I	65,8	-1,4	46,9	+6,0	35,9	-8,6	9,5	+0,8	4,7	+1,5
52 Darmstadt-Dieburg II	66,3	-1,8	55,1	+9,8	30,7	-12,5	8,0	+3,2	4,8	+1,9
53 Odenwald	66,1	-4,2	47,1	+7,8	42,6	-7,0	6,2	+2,0	4,1	+1,6
54 Bergstraße I	62,4	-1,3	56,7	+7,5	33,1	-7,0	5,8	+2,1	4,4	+1,9
55 Bergstraße II	63,6	-3,2	54,6	+6,8	30,7	-8,9	6,5	+2,3	4,7	+1,3

1) Endgültiges Ergebnis

4. Die politische Meinungslage im Vorfeld der Wahl

4.1 Die Stimmungslage für die Parteien

In der Stimmungslage für die Parteien haben sich in Hessen – wie auch in Niedersachsen – bundes- und landespolitische Gesichtspunkte bei der Wahlentscheidung im Sinne von Synergieeffekten wechselseitig verstärkt. Neben dem bundespolitischen Aspekt des „Denkzettels“ für die rot-grüne Bundesregierung, verdankt die hessische CDU ihr gutes Abschneiden einer guten eigenen Leistung. Was die Landespolitik angeht, bot die CDU-geführte Landesregierung der Opposition nur begrenzt Angriffsfläche.

Anders als in Niedersachsen bestand in Hessen keine Wechselstimmung. 49 Prozent der hessischen Bürger und Bürgerinnen votierten für eine weitere Amtszeit der CDU/FDP-Regierung. Auch stand für die Mehrheit außer Frage, dass es Rot-Grün gelingen könnte, die Regierung Koch abzulösen. 72 Prozent der Hessen erwarteten einen erneuten Wahlsieg der Landesregierung, nur 15 Prozent glaubten an einen Sieg der Opposition. Selbst in den Reihen der SPD-Anhänger ging jeder Zweite von einem erneuten Wahlsieg Kochs aus. Von den Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen rechneten vier Fünftel mit einer Bestätigung der Landesregierung.

Erwarteter Wahlsieger			
	Wer wird die kommende Landtagswahl am 2. Februar gewinnen?		
	Regierung	Opposition	Weiß nicht/ist noch offen
Insgesamt	72	15	11
CDU-Anhänger	91	3	6
SPD-Anhänger	49	41	9
B 90/Grüne-Anhänger	81	15	4
FDP-Anhänger	77	9	14

Fehlende Werte zu 100%: interessiert mich nicht/keine Angabe
Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap, Januar 2003 I

Angesichts der Unzufriedenheit mit der rot-grünen Bundesregierung wurde das Wahlergebnis in erheblichem Umfang von der Bundespolitik geprägt. Allerdings dominierten – anders als in Niedersachsen – landespolitische Überlegungen. Für 41 Prozent der hessischen Wähler stand die Landespolitik im Vordergrund, doch ließ sich immerhin jeder Dritte von bundespolitischen Erwägungen leiten. Für 23 Prozent waren Landes- und Bundespolitik gleichermaßen wichtig. Die CDU profitierte dabei eindeutig von der bundespolitischen Stimmung: Für 38 Prozent der CDU-Anhänger spielte die Bundespolitik die größere Rolle, 33 Prozent orientierten sich in erster Linie an der Landespolitik und für weitere 28 Prozent waren bundespoli-

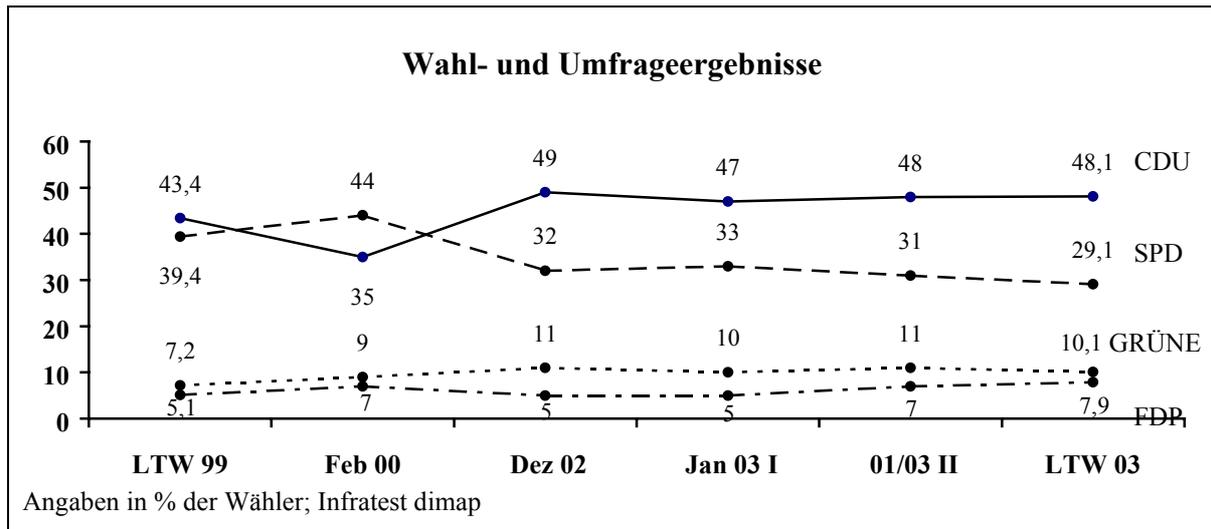
tische und landespolitische Aspekte gleichermaßen Grundlage ihrer Wahlentscheidung. Insgesamt hat damit die Bedeutung der Bundespolitik in den Reihen der Unionsanhänger in den letzten Tagen an Bedeutung gewonnen. In den Reihen der Opposition stand die Landespolitik klar im Vordergrund (SPD-Anhänger: 55 Prozent; Grünen-Anhänger: 47 Prozent).

Klar im Vordergrund stand die Unzufriedenheit mit der Bundespolitik bei den Wählern, die bei dieser Wahl zur Union wechselten. Bei den Befragten, die 1999 noch SPD gewählt hatten und diesmal für die CDU stimmen wollten, spielte Anfang Januar die Bundespolitik mit 60 Prozent die klar dominierende Rolle bei ihrer Wahlentscheidung.

Landes- oder Bundespolitik wichtiger			
	Was spielt bei Ihrer Entscheidung die größere Rolle: die Landespolitik in Hessen oder die Bundespolitik?		
	Landespolitik in Hessen	Bundespolitik	beides gleich
Insgesamt	41 (-6)	34 (+2)	23 (+6)
CDU-Anhänger	33 (-10)	38 (+3)	28 (+7)
SPD-Anhänger	55 (+5)	25 (-6)	20 (+4)
B 90/Grüne-Anhänger.	47 (-15)	32 (+2)	21 (+14)
FDP-Anhänger	36 (-12)	35 (+4)	29 (+8)

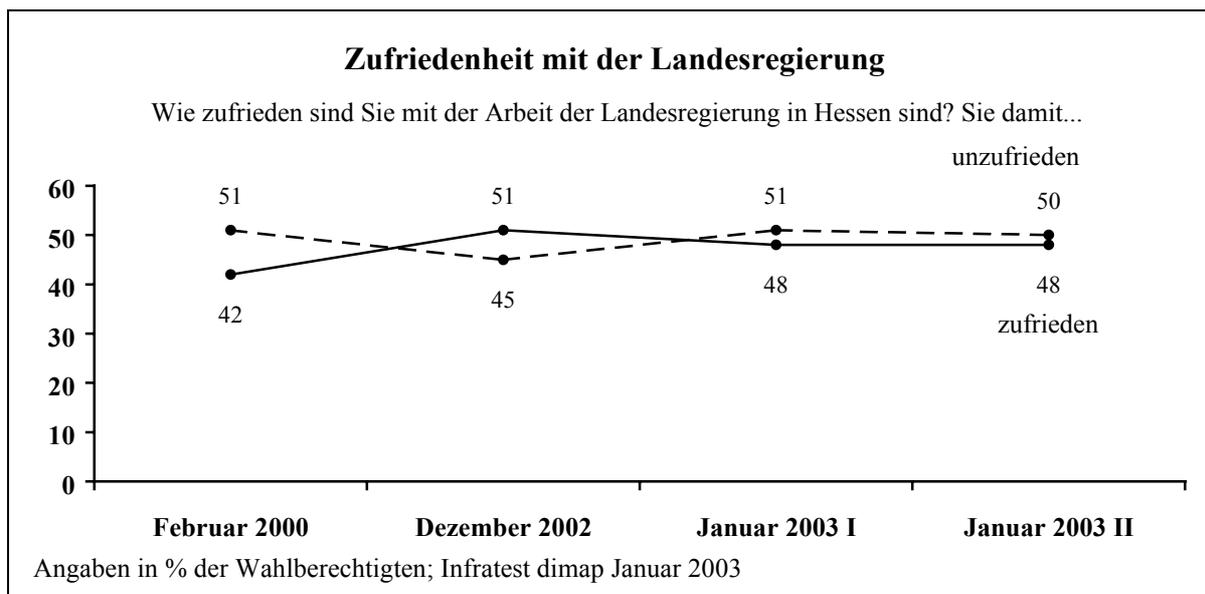
Angaben in Klammern: Vgl. zu Januar 2003 I
 Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe
 Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap, Januar 2003 II

Im Sog der wachsenden Unzufriedenheit mit der Bundesregierung und rückläufiger Wähleranteile für die SPD auf Bundesebene haben sich im Vorfeld der Landtagswahl auch die Umfragewerte für die hessische SPD verschlechtert. Wenige Tage vor der Wahl ergaben sich für die hessischen Sozialdemokraten nur noch Wähleranteile von 31 Prozent. Obgleich Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Stammland im Verlauf des Wahlkampfes leicht zulegen konnten, blieb Rot-Grün damit weit von einer möglichen Regierungsmehrheit entfernt. Umgekehrt wiesen die Umfragen für die amtierende CDU/FDP-Regierung eine klare Mehrheit aus, die auch eine absolute Mehrheit der Mandate für die CDU in den Bereich des Möglichen rückten, was letztendlich durch das Ergebnis für die CDU am 2. Februar bestätigt wurde.

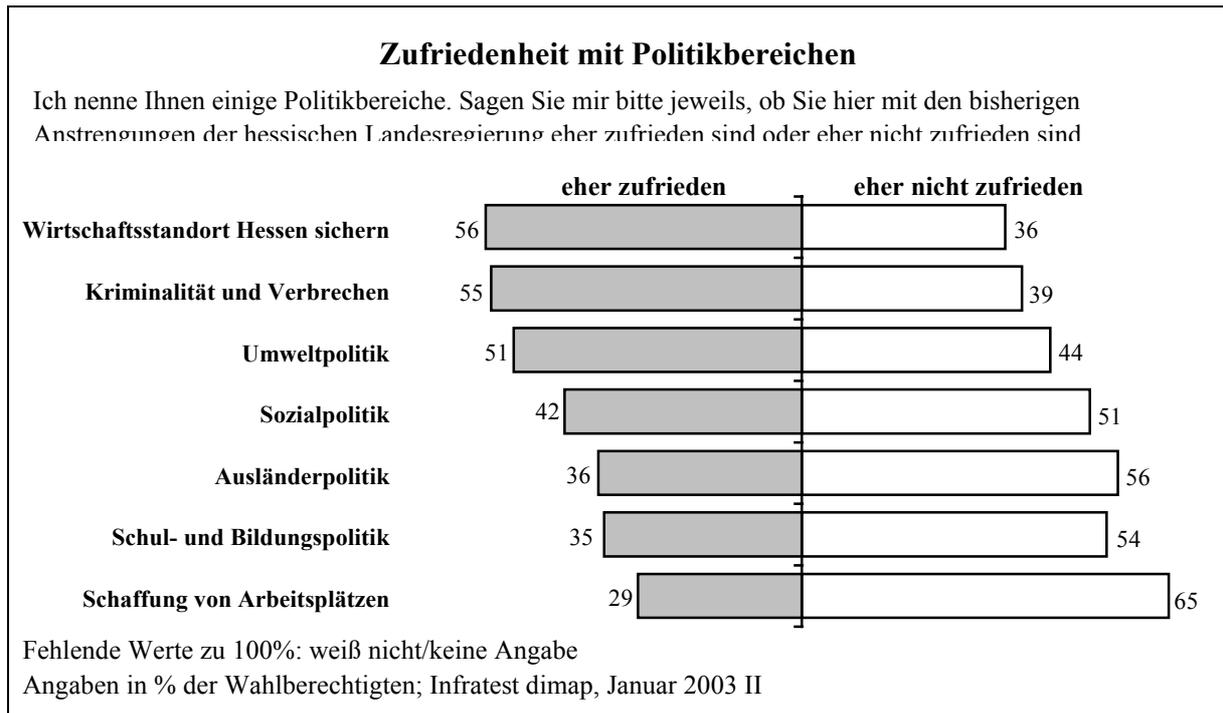


4.2 Zufriedenheit mit Regierung und Opposition

Die CDU/FDP-Landesregierung von Roland Koch bekam im Vorfeld der Landtagswahl eine ausgeglichene Gesamtnote. Mitte Januar äußerten sich 48 Prozent der hessischen Bürger mit der Arbeit ihrer Landesregierung zufrieden, 50 Prozent waren unzufrieden. Die hessische Landesregierung genießt damit ein deutlich höheres Ansehen als die Bundesregierung. Mit den Leistungen der rot-grünen Bundesregierung sind derzeit nur 18 Prozent der Bundesbürger zufrieden.



Eine mehrheitliche Zustimmung zur Regierungspolitik Roland Kochs ergab sich für die Bereiche Sicherung des Wirtschaftsstandorts (56:36 Prozent), Bekämpfung von Kriminalität und Verbrechen (55:39 Prozent) und Umweltpolitik (51:44 Prozent). In der Sozialpolitik (42:51 Prozent), Ausländerpolitik (36:56 Prozent), Schul- und Bildungspolitik (35:54 Prozent) und am ausgeprägtesten in Arbeitsmarktpolitik (29:65 Prozent) überwog die Unzufriedenheit.



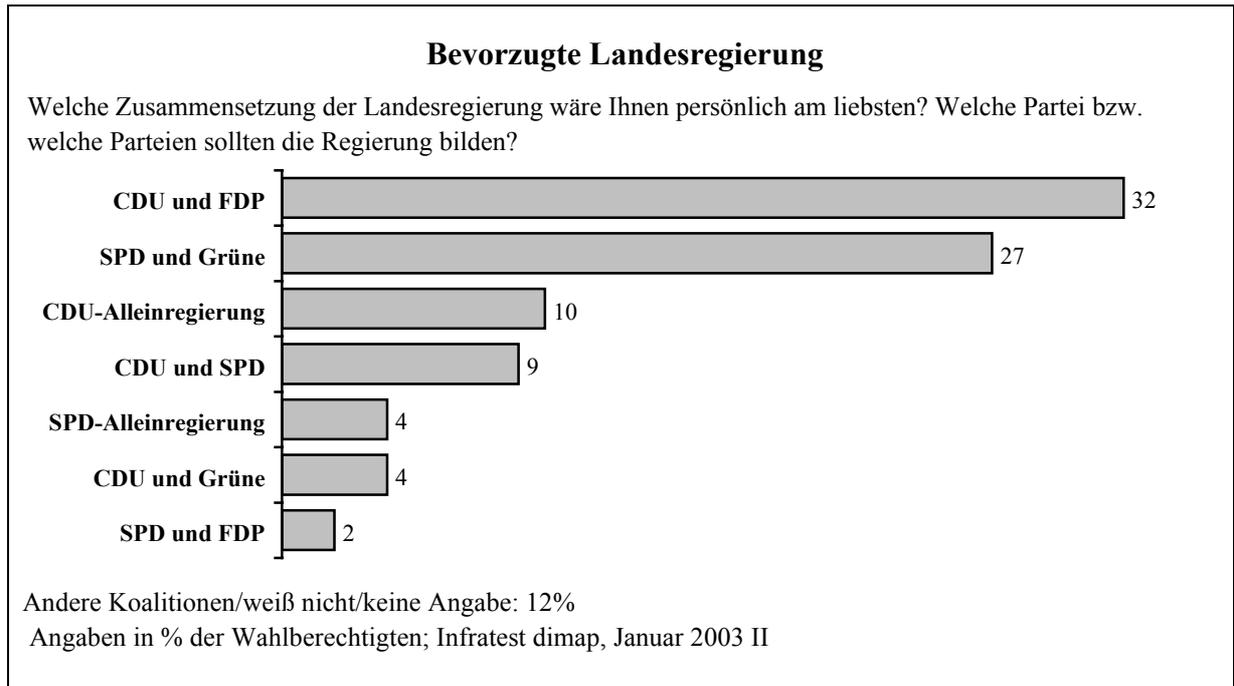
Trotz der in einzelnen Themenfeldern überwiegenden Kritik an der Regierung ist es der SPD im Verlauf des Wahlkampfs nicht gelungen, sich als politische Alternative zu profilieren. Nur jeder Vierte (24 Prozent) traute einer SPD-geführten Landesregierung eine bessere Politik zu als der amtierenden CDU/FDP-Regierung. Mehr als die Hälfte (56 Prozent) der hessischen Wahlberechtigten glaubten, die SPD sei dazu nicht in der Lage. Sogar jeder sechste SPD-Anhänger und ein Drittel der Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen teilten diese Ansicht.

Erwartungen an eine SPD-geführte Landesregierung			
	Könnte eine SPD-geführte Landesregierung die anstehenden Aufgaben und Probleme besser lösen oder wäre sie dazu nicht in der Lage?		
	besser lösen	wäre dazu nicht in der Lage	genauso gut/ genauso schlecht wie Landesregierung
Insgesamt	24	56	7
CDU-Anhänger	2	85	3
SPD-Anhänger	63	16	11
Bündnis 90/Grüne-Anhänger	44	35	12
FDP-Anhänger	4	77	7
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap, Januar 2003 II			

4.3 Die Koalitionspräferenzen

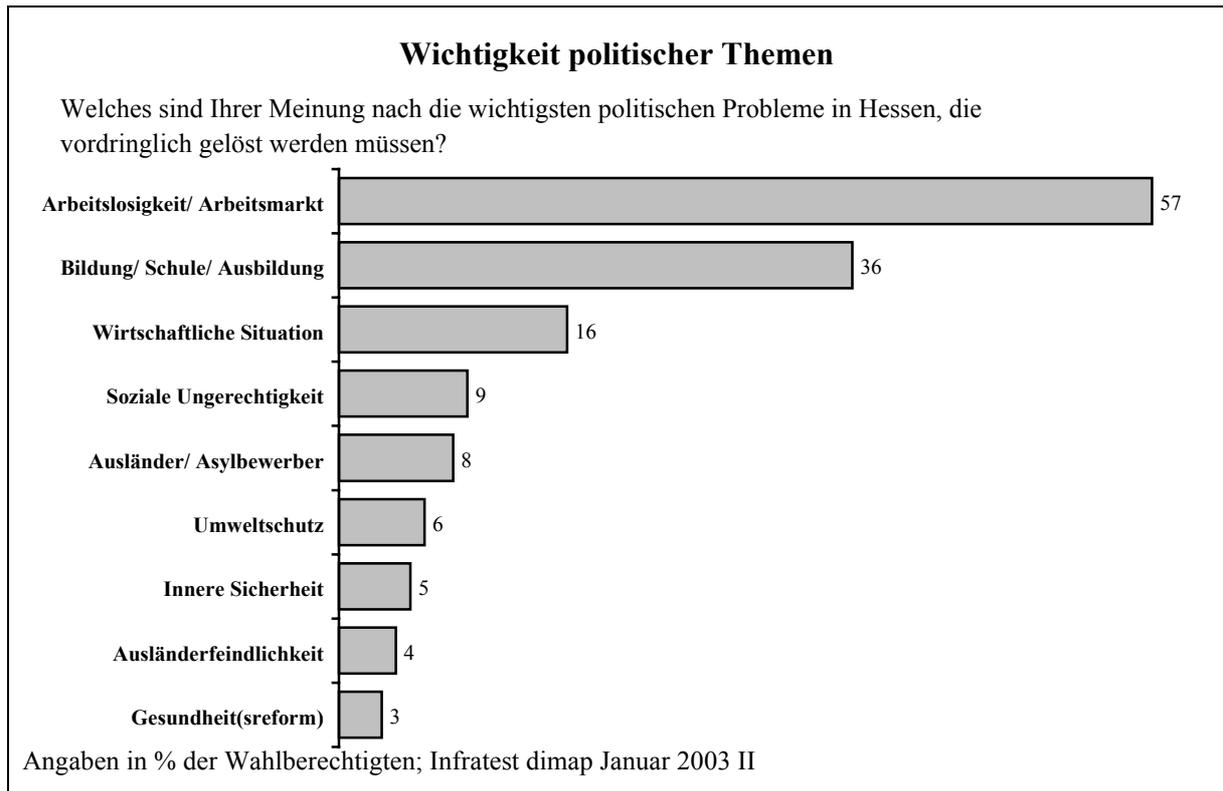
Der Wunsch nach Fortführung der CDU/FDP-Regierung in Hessen spiegelte sich auch in den Koalitionspräferenzen wieder. Im Vorfeld der Wahl sprach sich ein Drittel der hessischen Wahlberechtigten für eine bürgerliche Koalition aus CDU und FDP aus. Mit 27 Prozent folgte die rot-grüne Koalition. 10 Prozent votierten für eine Alleinregierung der CDU. Eine große Koalition aus CDU und SPD bevorzugten neun Prozent. Eine SPD-Alleinregierung favorisierten lediglich vier Prozent. Insgesamt fand damit eine Landesregierung unter Führung der CDU deutlich mehr Unterstützung (55 Prozent) als eine Koalitionsregierung der SPD (43 Prozent).

In den Parteianhängerschaften entsprachen die Koalitionspräferenzen der Zugehörigkeit zum jeweiligen politischen Lager. In den Anhängerschaften von CDU und FDP votierten jeweils 61 Prozent für die Fortführung der amtierenden Regierungskoalition. Jeder fünfte CDU-Anhänger (22 Prozent) favorisierte die Alleinregierung der CDU. Von den SPD-Anhängern plädierten 70 Prozent und bei Bündnis 90/Die Grünen 79 Prozent für Rot-Grün.



4.4 Die wichtigsten politischen Themen

Wie im Bundesgebiet ist auch in Hessen die Situation am Arbeitsmarkt das vordringlichste Problem. Wenige Wochen vor der Wahl sahen 57 Prozent der hessischen Bürger in der Beseitigung der Arbeitslosigkeit die wichtigste politische Aufgabe. An zweiter Stelle rangierte mit 36 Prozent Nennungshäufigkeit der Themenbereich Bildung/Schule/Ausbildung. Bereits mit deutlichem Abstand folgte auf dem dritten Rang die Sorge um die konjunkturelle Entwicklung in Hessen (16 Prozent). Verbesserungen im Bereich des sozialen Ausgleichs waren für neun Prozent und die Zahl der Ausländer und Asylanten für acht Prozent Anlass zur Sorge. Sechs Prozent nannten die Umweltpolitik, fünf Prozent die Innere Sicherheit und drei Prozent die Situation im Gesundheitswesen als vordringliche politische Aufgaben.



4.5 Die Problemlösungskompetenzen der Parteien

Bei den zentralen Themen hatte die **CDU** nach Meinung der Bürger klare Kompetenzvorteile vor der **SPD**. Bei der Wirtschaftspolitik schätzten 56 Prozent die hessische CDU als die kompetentere Partei ein (**SPD**: 23 Prozent). In der Arbeitsmarktpolitik führten die Christdemokraten mit 50 zu 26 Prozent und bei der in diesem Wahlkampf besonders intensiv geführten Auseinandersetzung zur Bildungspolitik mit 46 zu 31 Prozent vor den hessischen Sozialdemokraten. Einen klaren Kompetenzvorsprung hatte die hessische CDU außerdem bei der Kriminalitätsbekämpfung (58:26 Prozent) und der Ausländerpolitik (39:29 Prozent). Auch im Bereich der Familienpolitik liegt die Union nun knapp vor der **SPD** (39:36 Prozent).

In der Zukunftskompetenz musste die **SPD** die Kompetenzführerschaft ebenfalls an die Christdemokraten abgeben. 44 Prozent der Hessen erwarteten die Lösung der Zukunftsprobleme des Landes eher von der CDU, nur 28 Prozent von der **SPD**.

Wenige Wochen vor der Landtagswahl 2003 besaß die **SPD** nur bei der Herstellung sozialer Gerechtigkeit einen knappen Vorsprung vor der CDU (37:35 Prozent).

Bündnis 90/Die Grünen führten mit 47 Prozent bei ihrem klassischen Thema, der Umweltpolitik. Darüber hinaus wurden sie in der Ausländerpolitik von 11 Prozent, in der Familien-

politik von acht Prozent und bei der Frage der sozialen Gerechtigkeit von sieben Prozent als die kompetentere Partei gesehen.

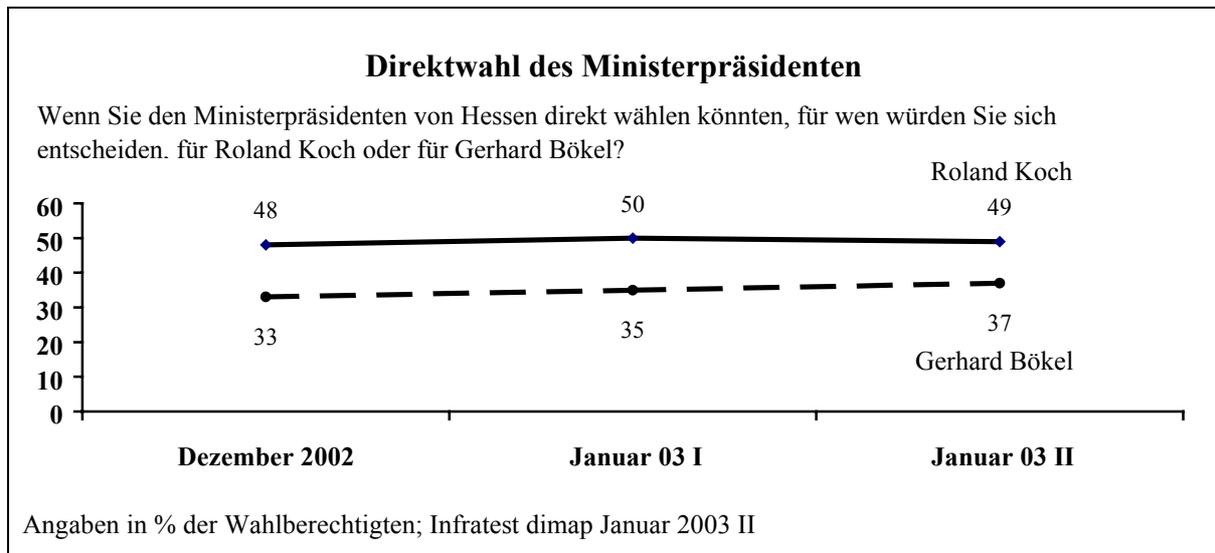
Die **FDP** erhielt die höchste Kompetenzzuschreibung in der Wirtschaftspolitik (6 Prozent) und der Bildungspolitik (6 Prozent). In beiden Themenfeldern hatten die Liberalen während des Wahlkampfs an Profil gewonnen.

Im Vergleich zur Landtagswahl 1999 hat die CDU in nahezu allen zentralen Themenbereichen deutlich an Profil hinzugewonnen und führt klar vor der SPD, die dem Sog der negativen Beurteilung der Bundespartei nur wenig entgegenstellen konnte. In den Bereichen der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik musste die hessische SPD die Kompetenzführerschaft an die CDU abgeben. Auch vertrauen die hessischen Bürger und Bürgerinnen bei der Lösung der Zukunftsprobleme häufiger auf die Fähigkeiten der CDU.

Problemlösungskompetenz					
	Ich nenne Ihnen jetzt einige Probleme, die Hessen betreffen. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, dieses Problem in Hessen zu lösen.				
		CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	2003	50	26	2	4
	1999	32	46	1	1
Kriminalität und Verbrechen in Hessen bekämpfen	2003	58	22	2	3
	1999	44	31	3	1
Den Wirtschaftsstandort Hessen voranbringen ¹⁾	2003	56	23	1	6
	1999	38	44	1	2
Eine gute Umweltpolitik betreiben	2003	22	15	47	5
	1999	19	26	41	1
Gute Schul- und Bildungspolitik betreiben ²⁾	2003	46	31	5	6
	1999	39	38	4	2
Für soziale Gerechtigkeit sorgen ³⁾	2003	35	37	7	4
	1999	22	54	7	3
Eine gute Ausländer- und Asylpolitik betreiben ⁴⁾	2003	39	29	11	5
	1999	31	39	9	3
Eine gute Familienpolitik betreiben	2003	39	36	8	5
	1999	-	-	-	-
Die Zukunftsprobleme Hessens lösen	2003	44	28	4	3
	1999	31	43	4	1
Formulierungen 1999:					
1) den Wirtschaftsstandort Hessen sichern					
2) eine gute Bildungspolitik betreiben					
3) sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen					
4) eine gute Ausländerpolitik betreiben					
Angaben in % der Wahlberechtigten					
Infratest dimap, Februar 1999 III, Januar 2003 II					

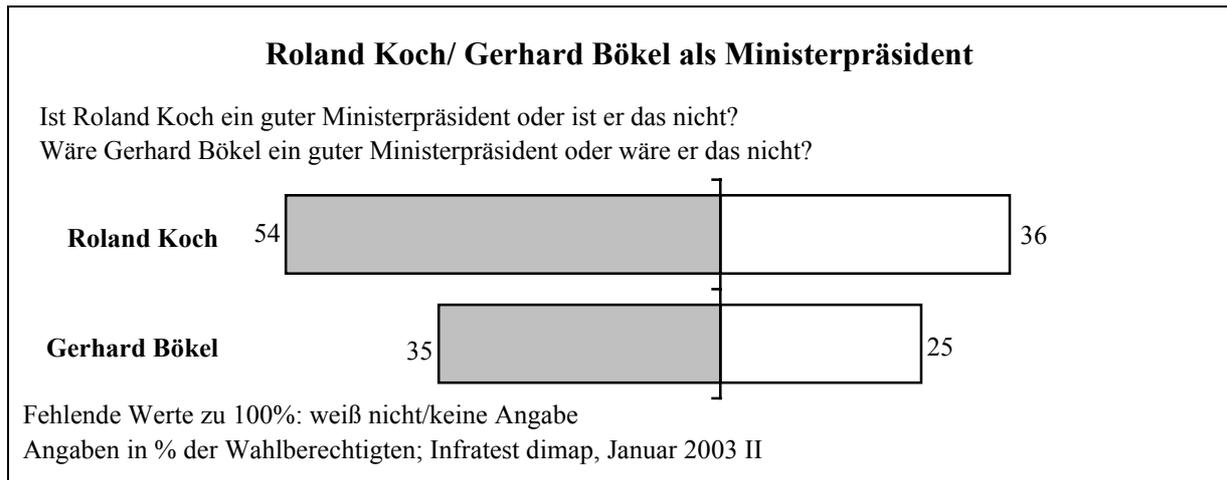
4.6 Die Bewertung der Spitzenkandidaten

Gute Noten gab es in Hessen auch für Roland Koch. Bei einer Direktwahl hätte sich jeder Zweite für den amtierenden Ministerpräsidenten entschieden. Auf seinen Herausforderer von der SPD, Gerhard Bökel, wären nur gut ein Drittel (35 Prozent) der Stimmen entfallen.



Grundlage der Präferenz für Roland Koch ist eine gute Bewertung seiner Leistungen als Regierungschef in Hessen. Im Vorfeld der Wahl bewerteten 54 Prozent der hessischen Bürger und Bürgerinnen Roland Koch als guten Ministerpräsidenten, nur 36 Prozent sahen in ihm keinen guten Landeschef. Dass Gerhard Bökel gute Arbeit an der Regierungsspitze leisten würde, erwarteten dagegen nur 35 Prozent der hessischen Wahlberechtigten, 25 Prozent trauten ihm das Amt des Ministerpräsidenten nicht zu, 37 Prozent waren unentschlossen.

Roland Koch genoss unter den CDU-Wählern einen größeren Rückhalt (86 Prozent) als Gerhard Bökel unter den SPD-Anhängern (71 Prozent).

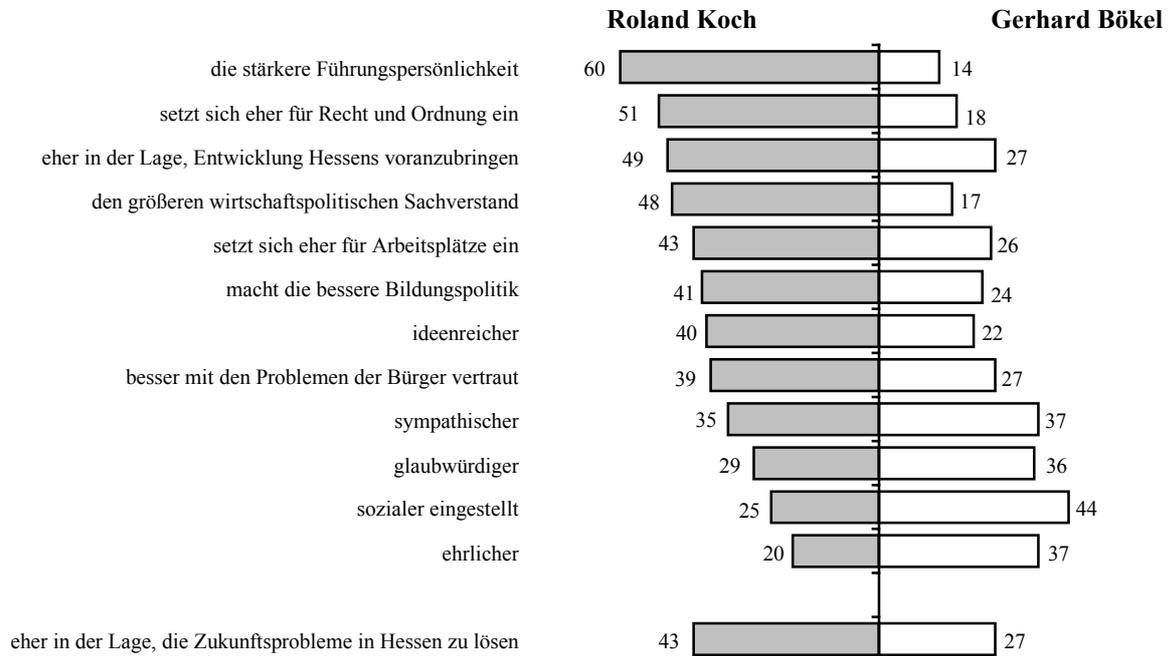


Die Bewertung Kochs ist durch Anerkennung seiner Leistungen geprägt. Im Vorfeld der Wahl wurde Roland Koch als führungsstärker (60:14 Prozent) eingeschätzt, sowie als ein Politiker, der sich für Recht und Ordnung einsetzt (51:18 Prozent) und der Hessen voranbringen kann (49:27 Prozent). Auch attestierten ihm die hessischen Bürger und Bürgerinnen einen größeren Sachverstand in Wirtschaftsfragen (48:17 Prozent), bei der Arbeitsmarktpolitik (43:26 Prozent) und bei der Bildungspolitik (41:24 Prozent). Zudem galt er als ideenreicher (40:22 Prozent) und besser mit den Problemen der Bürger vertraut (39:27 Prozent). Auch wurde Koch eher zugetraut die Zukunftsprobleme des Landes zu lösen (43:27 Prozent).

Gerhard Bökel galt in der Bevölkerung als sozialer eingestellt (44:25 Prozent), ehrlicher (37:20 Prozent) und als glaubwürdiger (36:29 Prozent). In punkto Sympathie wurden amtierender Ministerpräsident und Herausforderer gleich eingeschätzt (35:37 Prozent).

Profilvergleich Koch – Bökel

Wenn Sie nun einmal die Kandidaten von CDU und SPD für das Amt des Ministerpräsidenten – Roland Koch und Gerhard Bökel – miteinander vergleichen: Wer von beiden ist Ihrer Meinung nach



Fehlende Werte zu 100%: keiner von beiden/weiß nicht/keine Angabe
Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap Januar 2003 I

Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien (in Prozent)								
Bundesland	Wahltermin	Wahl- beteili- gung	CDU/ CSU	SPD	FDP	Bünd- nis 90 / Grüne	PDS	DVU / REP/ NPD
Europawahl	13.06.1999	45,2	48,7	30,7	3,0	6,4	5,8	1,7
Bundestagswahl	22.09.2002	79,1	38,5	38,5	8,6	7,4	4,0	1,0
Bayern	13.09.1998	69,8	52,9	28,7	5,7	1,7	-	3,8
Bremen	06.06.1999	60,1	37,1	42,6	2,5	8,9	2,9	0,3
Brandenburg	05.09.1999	54,3	26,5	39,3	1,9	1,9	23,3	6,0
Saarland	05.09.1999	68,7	45,5	44,4	2,6	3,2	0,8	1,3
Sachsen	19.09.1999	61,1	56,9	10,7	1,1	2,6	22,2	1,5
Thüringen	12.09.1999	59,9	51,0	18,5	1,1	1,9	21,3	0,8
Berlin	10.10.1999	65,5	40,8	22,4	2,2	9,9	17,7	2,7
Schleswig-Holstein	27.02.2000	69,5	35,2	43,1	7,6	6,2	1,4	1,0
Nordrhein-Westfalen	14.05.2000	56,7	37,0	42,8	9,8	7,1	1,1	1,1
Baden-Württemberg	25.03.2001	62,6	44,8	33,3	8,1	7,7	-	4,4
Rheinland-Pfalz	25.03.2001	62,1	35,3	44,7	7,8	5,2	-	2,4
Hamburg	23.09.2001	71,0	26,2	36,5	5,1	8,5	0,4	0,8
Berlin	21.10.2001	68,2	23,7	29,7	9,9	9,1	22,6	2,2
Sachsen-Anhalt	21.04.2002	56,5	37,3	20,0	13,3	2,0	20,4	0,8 ¹
Mecklenburg-Vorpommern	22.09.2002	70,6	31,4	40,6	4,7	2,6	16,4	1,1
Hessen	02.02.2003	64,6	48,8	29,1	10,1	7,9	-	2,9
Niedersachsen	02.02.2003	67,0	48,3	33,4	7,6	8,1	0,5	0,4
Veränderungen zur vorangegangenen Wahl (in Prozentpunkten)								
Europawahl	13.06.1999	-14,8	+9,9	-1,5	-1,1	-3,7	+1,1	-2,2
Bundestagswahl	22.09.2002	-3,1	+3,4	-2,4	+1,2	+1,9	-1,1	-2,0
Bayern ³	13.09.1998	+2,0	+0,1	-1,3	-0,4	-1,1	-	-0,2
Bremen	06.06.1999	-8,5	+4,5	+9,2	-0,9	-4,2	+0,5	-0,1
Brandenburg	05.09.1999	-2,0	+7,8	-14,8	-0,3	-1,0	+4,6	+4,9
Saarland	05.09.1999	-14,8	+6,9	-5,0	+0,5	-2,3	+0,8	-0,1
Sachsen	19.09.1999	+2,7	-1,2	-5,9	-0,6	-1,5	+5,7	+0,2
Thüringen	12.09.1999	-14,9	+8,4	-11,1	-2,1	-2,6	+4,7	-0,5
Schleswig-Holstein	27.02.2000	-2,3	-2,0	+3,3	+1,9	-1,9	+1,4	+1,0
Nordrhein-Westfalen	14.05.2000	-7,3	-0,7	-3,2	+5,8	-2,9	+1,1	-1,0
Baden-Württemberg	25.03.2001	-5,0	+3,5	+8,2	-1,5	-4,4	-	-4,7
Rheinland-Pfalz	25.03.2001	-8,7	-3,4	+4,9	-1,1	-1,7	-	-1,1
Hamburg	23.09.2001	+2,3	-4,5	+0,3	+1,6	-5,4	-0,3	-6,0
Berlin	21.10.2001	+2,7	-17,1	+7,3	+7,7	-0,8	+4,9	-1,3
Sachsen-Anhalt	21.04.2002	-15,0	+15,3	-15,9	+9,1	-1,2	+0,8	-12,1 ²
Mecklenburg-Vorpommern	22.09.2002	-8,8	+1,4	+6,3	+3,1	-0,1	-8,0	-3,4
Hessen	02.02.2003	-1,8	+5,4	-10,3	+2,9	+2,8	-	-1,6
Niedersachsen	02.02.2003	-6,8	+12,4	-14,5	+0,6	+3,2	+0,5	-2,4

Quelle: Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter

1 In Sachsen-Anhalt: FDVP

2 In Sachsen-Anhalt: Vergleich mit der DVU

3 Gesamtstimmen

Ausgewählte Indikatoren der politischen Stimmungslage

Zufriedenheit mit Bundesregierung / Landesregierungen (in Prozent)		
	Zufrieden	Unzufrieden
Bundestagswahl 2002	31	68
Bayern 1998	56	41
Bremen 1999	56	40
Saarland 1999	44	54
Brandenburg 1999	46	51
Sachsen 1999	68	27
Thüringen 1999	53	42
Berlin 1999	35	61
Schleswig-Holstein 2000	58	38
Nordrhein-Westfalen 2000	50	45
Baden-Württemberg 2001	62	34
Rheinland-Pfalz 2001	66	31
Hamburg 2001	41	55
Berlin 2001	40	53
Sachsen-Anhalt 2002	24	73
Mecklenburg-Vorpommern 2002	58	39
Hessen 2003	48	50
Niedersachsen 2003	40	57

Quelle: Infratest dimap, Vorwahlauffragen

Ministerpräsidentenpräferenz (in Prozent)					
	CDU/CSU		SPD		Differenz
Bayern 1998	Stoiber	63	31	Schmidt	+32
Bremen 1999	Perschau	24	66	Scherf	-42
Saarland 1999	Müller	32	46	Klimmt	-14
Brandenburg 1999	Schönbohm	22	70	Stolpe	-48
Sachsen 1999	Biedenkopf	86	7	Kunckel	+79
Thüringen 1999	Vogel	68	22	Dewes	+46
Berlin 1999	Diepgen	66	17	Momper	+49
Schleswig-Holstein 2000	Rühe	35	59	Simonis	-24
Nordrhein-Westfalen 2000	Rüttgers	25	61	Clement	-36
Baden-Württemberg 2001	Teufel	47	41	Vogt	+6
Rheinland-Pfalz 2001	Böhr	19	69	Beck	-50
Hamburg 2001	von Beust	43	44	Runde	-1
Berlin 2001	Steffel	16	46	Wowereit	-30
Sachsen-Anhalt 2002	Böhmer	29	40	Höppner	-11
Mecklenburg-Vorpommern 2002	Rehberg	30	50	Ringstorff	-20
Hessen 2003	Koch	49	37	Bökel	+12
Niedersachsen 2003	Wulff	47	39	Gabriel	+8

Quelle: Infratest dimap, Vorwahlauffragen

**Problemlösungskompetenzen von CDU/CSU und SPD
(in Prozent)**

	Zukunftskompetenz			Arbeitslosigkeit			Soziales			Wirtschaft			Asyl/Ausländer		
	CDU/ CSU	SPD	Diffe- renz	CDU/ CSU	SPD	Diffe- renz	CDU/ CSU	SPD	Diffe- renz	CDU/ CSU	SPD	Diffe- renz	CDU/ CSU	SPD	Diffe- renz
Europawahl 1999	37	37	0	38	37	+1	26	50	-24	56	29	+27	35	35	0
Bundestagswahl 2002	32	38	-6	43	32	+11	25	48	-23	50	31	+19	32	37	-5
Bayern 1998	53	23	+30	46	30	+16	36	44	-8	67	18	+39	43	31	+12
Hessen 1999	31	43	-12	32	46	-14	22	54	-32	38	44	-6	34	28	+6
Bremen 1999	31	34	-3	37	34	+3	15	59	-44	45	33	+12	25	40	-15
Saarland 1999	37	33	+4	40	32	+8	28	45	-17	42	35	+7	32	37	-5
Brandenburg 1999	*	*	*	29	36	-7	*	*	*	41	34	+7	*	*	*
Sachsen 1999	47	15	+32	48	13	+35	38	20	+18	68	9	+59	32	22	+10
Thüringen 1999	36	26	+10	47	22	+25	32	33	-1	62	20	+42	28	30	-2
Berlin 1999	43	18	+25	39	21	+18	25	31	-6	60	17	+43	32	24	+8
Schleswig-Holstein 2000	29	46	-14	34	45	-11	19	58	-39	36	45	-9	25	45	-20
Nordrhein-Westfalen 2000	26	43	-17	30	47	-17	20	52	-32	34	46	-12	24	39	-15
Baden-Württemberg 2001	38	26	+12	40	32	+8	26	41	-15	55	20	+35	28	31	-3
Rheinland-Pfalz 2001	24	38	-14	26	43	-17	19	46	-27	32	38	-6	23	38	-15
Hamburg 2001	28	35	-7	30	41	-11	19	41	-22	34	43	-9	24	30	-6
Berlin 2001	20	33	-13	22	34	-12	15	36	-21	33	35	-2	21	30	-9
Sachsen-Anhalt 2002	*	*	*	33	12	+21	*	*	*	32	14	+18	*	*	*
Mecklenburg-Vorpommern 2002	30	28	+2	37	24	+13	20	32	-12	39	28	+11	24	31	-7
Hessen 2003	44	28	+16	50	25	+25	32	39	-7	58	23	+35	38	29	+9
Niedersachsen 2003	43	33	+10	49	28	+21	32	44	-12	55	27	+28	39	31	+8

Quelle: Infratest dimap, Vorwahlumfragen; Sachsen-Anhalt: Forschungsgruppe Wahlen
* keine Daten